



Landkreis Potsdam-Mittelmark

Dokumentation zum 8. Kreisentwicklungsforum

Fachtagung zur Kreisentwicklung
*„Potsdam-Mittelmark als Teil einer
Metropolregion im Herzen Europas –
Machen wir etwas daraus?!“*

27. Februar 2016

Heimvolkshochschule am Seddiner See



Inhalt

1	Einführung	3
2	Eröffnung	4
3	„Berlin liegt in Brandenburg“	5
4	Entwicklung und Perspektiven für den Landkreis	7
5	Workshops	8
5.1	Workshop 1: Mobilität	9
5.1.1	Impulsvortrag von André Köppen.....	9
5.1.2	Ergebnisse des Workshops „Mobilität“.....	13
5.2	Workshop 2: Chancen aus der Entwicklung der Metropolregion Berlin/Potsdam	24
5.2.1	Impulsvortrag von Dr. Stefan Schneider	24
5.2.2	Ergebnisse des Workshops „Chancen aus der Metropolregion“	26
5.3	Workshop 3: Zuwanderung als Chance	36
5.3.1	Impulsvortrag von Lutz Klauber	36
5.3.2	Ergebnisse des Workshops „Zuwanderung als Chance“	38
6	Abschlussplenum & Zusammenfassung	50
7	Schlusswort des Landrates	50

Veranstalter

Landkreis Potsdam-Mittelmark

Der Landrat

Fachbereich 1 - Innerer Service und Zentrale Steuerung

Fachbereichsleiter André Köppen

Niemöllerstraße 1

14806 Bad Belzig

033841 / 91 370

fb1@potsdam-mittelmark.de

Ansprechpartner:

Markus Ulbrich

033841 / 91 345

markus.ulbrich@potsdam-mittelmark.de

Stand: 06.04.2016

1 Einführung

Nun schon zum achten Mal lud der Landkreis Potsdam-Mittelmark seine Einwohnerinnen und Einwohner sowie Vertreter aus Wirtschaft, Politik, gesellschaftliche Akteure und Mitarbeiter der Kreisverwaltung zum Kreisentwicklungsforum in die Heimvolkshochschule am Seddiner See ein.



Die
immer
im
Zwei-
jahres-
rhyth-
mus
stattfin-

dende Veranstaltung fand dieses Mal am 27.02.2016 statt und war mit 142 Teilnehmern ausgesprochen gut besucht. Dies lag vermutlich an den drei Themenfeldern, die im Vorfeld als Diskussionsschwerpunkte ausgewählt wurden:

- Mobilität,
- Zuwanderung als Chance und
- Chancen aus der Entwicklung der Metropolregion.

Ein Ziel des 8. Kreisentwicklungsforums war es, die zukünftigen Herausforderungen für die Kreisentwicklung in den Blick zu nehmen und mögliche Maßnahme- und Projektideen zu diskutieren. Als Ergebnis der zu den o. g. Themen durchgeführten Workshops konnten dann tatsächlich zahlreiche Anregungen der Teilnehmer zu strategischen Zielen aufgenommen und insbesondere viele z. T. konkrete Umsetzungs- und Maßnahmevorschläge diskutiert und dokumentiert werden. Sie werden im weiteren Planungsprozess für den Doppelhaushalt 2017/2018 innerhalb der Kreisverwaltung und in der Strategiediskussion mit dem Kreistag wieder aufgegriffen werden und können so Eingang in die Fortschreibung des Strategieprogramms des Landkreises finden, das zusammen mit dem nächsten Haushaltsplan besprochen werden wird.



2 Eröffnung



Landrat Wolfgang Blasig begrüßte als Gastgeber alle Teilnehmer und dankte Ihnen, dass Sie in so großer Zahl an einem Samstag erschienen sind, um gemeinsam die Marschrichtung für die Entwicklung des Landkreises in den nächsten Jahren zu erörtern. „Kreisentwicklung ist dann erfolgreich“, so der Landrat, „wenn alle Stimmen gehört werden und sich alle beteiligen können.“

Herr Blasig bezeichnete es als eine besondere Freude, dass es gelungen ist, mit Ulrike Finck eine erfahrene TV-Journalistin zu gewinnen, die uns als Moderatorin mit Charme und Kompetenz durch den Tag führt. Den meisten Anwesenden ist sie als Moderatorin für das RBB-Fernsehen bekannt. In den letzten Jahren reiste sie durch das Brandenburger Land auf der Suche nach kuriosen, witzigen und spannenden Menschen, Orten und Geschichten. Der Landrat zeigte sich überzeugt, dass Sie auch heute bei dieser Veranstaltung vielen interessanten Menschen und Geschichten begegnen wird.

Frau Finck führte die Teilnehmer ins Thema der Veranstaltung ein. Sie beschrieb diese Veranstaltung als Chance für die Teilnehmer, den hier anwesenden Politikern und Entscheidungsträgern die Meinung sagen zu können. Dabei soll aber nicht das Schimpfen über die Verhältnisse und die eigene Unzufriedenheit im Mittelpunkt stehen; vielmehr sollte diese Tagung von konstruktiver Kritik, von eigenen Ideen und Anregungen geprägt sein.



Potsdam-Mittelmark ist nach verschiedenen Rankings einer der leistungsfähigsten und attraktivsten Landkreise Ostdeutschlands. Auch bedingt durch seine Lage in der Metropolregion Berlin-Potsdam hat er vergleichsweise gute Voraussetzungen und Chancen, sich auch weiterhin positiv zu entwickeln. Wie dies konkret geschehen kann, soll im weiteren Verlauf diskutiert werden. Sie wünschte allen viel Spaß und einen spannenden Tagungsverlauf.

Für die Veranstaltung wurde folgendes Tagungsprogramm konzipiert:

Tagungsprogramm

8. Kreisentwicklungsforum des
Landkreises Potsdam-Mittelmark



- 09.00 Uhr** **Eröffnung und Vorstellung des Tagungsprogramms**
Ulrike Finck
- 09.15 Uhr** **„Berlin liegt in Brandenburg“**
Ulrich Springer,
- 09.45 Uhr** **Fragestunde – Ein Landrat erzählt -**
Interview Landrat Wolfgang Blasig / Ulrike Finck
- 10.00 Uhr** **Kaffeepause**
- 10.25 Uhr** **Workshop 1: Chancen aus der Entwicklung der Metropolregion**
Workshop 2: Mobilität
Workshop 3: Zuwanderung als Chance
- 12.20 Uhr** **Abschlussplenum und Zusammenfassung**
- 13.00 Uhr** **Offenes Ende mit Imbiss**

3 Berlin liegt in Brandenburg“

Eröffnungsvortrag: Dipl.-Ing. Ulrich Springer, Architekt und Sachverständiger

Der Eröffnungsvortrag wurde in diesem Jahr von Dipl.-Ing. Ulrich Springer gehalten. Unter dem Titel „Berlin liegt in Brandenburg“ erläuterte er die Notwendigkeit, die gemeinsame Landesentwicklungsplanung Berlin-Brandenburg zu professionalisieren. Ausgehend von einem Zitat des Schweizer Wissenschaftlers und Abenteurers Bertrand Piccard, dass man zum Lösen von Problemen die Dinge grundsätzlich von außen be-



trachten sollte, skizzierte er die jeweils unterschiedlichen Probleme und Herausforderungen der Stadt- und Regionalplanung für die Stadt Berlin sowie für die diese Stadt umgebenden Gebiete in Brandenburg:

- explodierende Grundstückspreise in Berlin sowie Knappheit von Bauland und Wohnungen bei einer schnell wachsenden Einwohnerzahl;
- demografische Herausforderungen und Entwicklungsflächen jenseits des Berliner Autobahnringes;
- keine Vorbereitung der Stadt- und Gemeindeentwicklung in den berlinnahen Kommunen auf ein weiteres rasantes Anwachsen der Wohnbevölkerung (Freihalten von Verkehrsachsen; Sichern von Entwicklungsflächen für die Errichtung der notwendigen sozialen Infrastruktur; Festhalten an wenig verdichteten Wohngebieten in der Bauleitplanung; etc.)
- drohender Verkehrskollaps durch gewaltige Berufspendlerströme sowie Transitverkehr in Richtung Osteuropa

Durch die bestehenden Abhängigkeiten Brandenburgs und Berlins bei diesen Themen sind die absehbaren Probleme und Herausforderungen nur gemeinsam lösbar. Er plädierte deshalb nachdrücklich dafür, dass die Gebietskörperschaften bereits jetzt gemeinsam „für die Zukunft planen“ sollen und sich so auf die bereits heute absehbaren Entwicklungen vorbereiten.

Sozialer Wohnungsbau:

Berlin und Brandenburg haben jeweils ein unterschiedliches Planungsrecht. Anders als in Brandenburg, wo allein die Kommunen die Zuständigkeit dafür besitzen und wichtige übergeordnete Projekte, wie den sozialen Wohnungsbau ggf. behindern oder gar ablehnen können, kann der Berliner Senat ggf. auch entgegen des Willens der Stadtbezirke hinweg entsprechende Planungsverfügungen treffen und zum Beispiel Gebiete für den Sozialen Wohnungsbau ausweisen. Aus seiner Sicht sollte das Brandenburgische Landesrecht dahingehend geändert werden, dass die Landkreise eine vergleichbare Kompetenz bekommen. Ansonsten sieht er als Folge, dass ungeordnete Siedlungsstrukturen wie im Ruhrgebiet (Nordrhein-Westfalen) entstehen, wo Städte und Orte ohne sichtbare Grenzen ineinander übergehen und Verkehrsachsen nicht bedarfsgerecht, z. T. parallel errichtet werden.

Verkehr:

Bereits heute sind von und nach Berlin gewaltige Pendlerströme zu bewältigen. Zusammen mit dem Güterverkehr, der von Westen in Richtung Osteuropa über den Berliner Autobahnring geführt wird, bedeutet es schon jetzt eine Überforderung unseres Verkehrswegenetzes. Hier sieht Herr Springer dringenden Handlungsbedarf hinsichtlich einer intelligenten Verkehrlenkung und neuer Verkehrswegeplanungen. Dafür stehen nach seiner Aussage Architektenkammern sowie Ingenieurvereine und auch Universitäten bereit, um hier wissenschaftlich und planerisch tätig zu werden. Sie warten nur darauf, angesprochen zu werden. Aus seiner Sicht wäre zur Verkehrsentlastung im Süden Berlins ein zweiter Autobahnring notwendig. Mit Blick auf intelligente selbstfahrende LKWs wäre auch denkbar, diese Autobahn zukünftig ausschließlich für den Güterverkehr vorzuhalten.

Wirtschaftsentwicklung:

Mit Blick auf den bereits heute viel zu klein dimensionierten Flughafenneubau BER in Berlin-Schönefeld, wird der Flughafen Leipzig insbesondere für den Güterverkehr noch über viele Jahre hinaus eine Entlastungsfunktion wahrnehmen müssen. Aus diesem Grund erscheint es nicht abwegig, am Autobahndreieck Potsdam noch ein weiteres Güterverkehrszentrum zu errichten und so auch weitere Ansiedlungen im Bereich Logistik und Produktion zu befördern. Daraus wiederum erwächst der Bedarf an großen Flächen für LKW-Parkplätze.

Der Eröffnungsvortrag provozierte bei einigen Teilnehmern hörbaren Widerspruch und war damit ein ausgezeichneter Impuls für die nachfolgenden Diskussionen in den Arbeitsgruppen.

4 Entwicklung und Perspektiven für den Landkreis

Interview der Moderatorin mit Landrat Wolfgang Blasig

Angesprochen auf die Ausführungen von Herrn Springer im Eröffnungsvortrag erläuterte der Landrat die Verteilung der Zuständigkeiten der Raum-, Stadt- und Gemeindeplanung im Land Brandenburg. Er bestätigte, dass auch aus seiner Wahrnehmung gerade die Verkehrsplanungen nur sehr schlecht bis gar nicht zwischen Brandenburg und Berlin abgestimmt sind, dass offensichtlich die Berliner Mauer in den Köpfen bis heute fortbesteht.



Auf die Frage der Moderatorin, ob er dies als frustrierend empfinde, antwortete der Landrat: „Man kann diesen Zustand beklagen oder aber nach Möglichkeiten suchen, etwas zu bewegen.“ Nach seiner Ansicht sei es nicht möglich, dass der Landkreis – wie von Herrn Springer vorgeschlagen – sich verschulde, um damit „Dinge“ zu tun, für die das Land Brandenburg originär zuständig sei. Ein Landkreis könne

allerhöchstens eine eigene „Kreis-Bahn“ betreiben, aber nicht den gesamten Bahnbetrieb im Kreisgebiet anstelle des Landes übernehmen bzw. finanzieren. Im Weiteren verwies der Landrat darauf, wie im vorletzten Jahrhundert mit dem Bau der Bahnstrecken das Land erschlossen wurde und welchen Mut und welche Weitsicht die damals Verantwortlichen gehabt hätten. Sie schufen erst Mobilitätsmöglichkeiten und danach erfolgten Ansiedlungen entlang der Verkehrsachsen. Der Landkreis selber könne nur dazu beitragen, vorhandene Verkehrswege dieser Dimension zu verbessern, neue schaffen könne er nicht. Dazu seien nur der Bund und die Länder in der Lage.

Frau Finck erkundigte sich, was Herr Blasig den Menschen mit an die Hand geben wolle, die im berlinnahen Raum angesichts der steigenden Bodenpreise kein Wohneigentum mehr erwerben könnten. Hier sprach Herr Blasig die Empfehlung aus, entlang der Bahnachsen auch weiter in den Landkreis hinein zu suchen, denn hier seien noch attraktive Grundstücke für ein Zehntel der in Kleinmachnow und Teltow aufgerufenen Quadratmeterpreise zu haben. Die Kommunen seien gut beraten, dort entsprechende Wohngebiete zu planen und zu entwickeln.

Auf die Frage, ob er als Landrat in der Zuwanderung von Flüchtlingen und Asylbewerbern angesichts der zu bewältigenden Herausforderungen tatsächlich eine Chance für die Entwicklung sehe, führte er anhand von Zahlenbeispielen aus, dass die Krise nicht so groß wie vorhergesagt sei, entsprechend aber die oft propagierten Chancen ebenfalls nicht. Wenn es uns gelingt, vor allem junge Familien dauerhaft an den Landkreis zu binden und diese gut zu integrieren, wird dies den Landkreis langfristig stärken. Dafür ist die Einführung einer zeitweisen Residenzpflicht notwendig, damit die Integrationsarbeit erfolgreich sein kann. Außerdem wird der Kreis erhebliche Herausforderungen hinsichtlich sozialer Infrastruktur, Bildung und die Schaffung geeigneter Arbeitsplätze bewältigen müssen. Die Kreisverwaltung arbeitet an entsprechenden Konzepten, so dass er überzeugt ist, dass wir in Potsdam-Mittelmark „das gemeinsam schaffen können“, so der Landrat in seinen Ausführungen wörtlich.



5 Workshops

5.1 Workshop 1: Mobilität

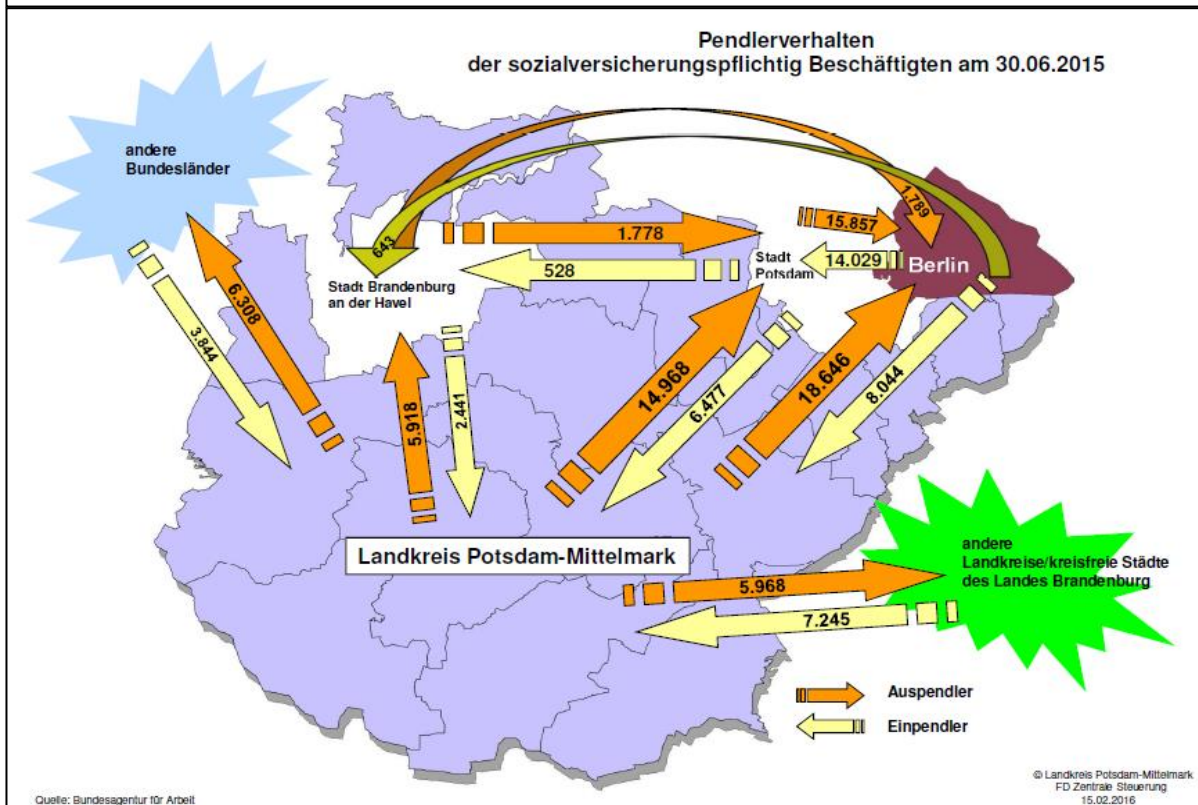
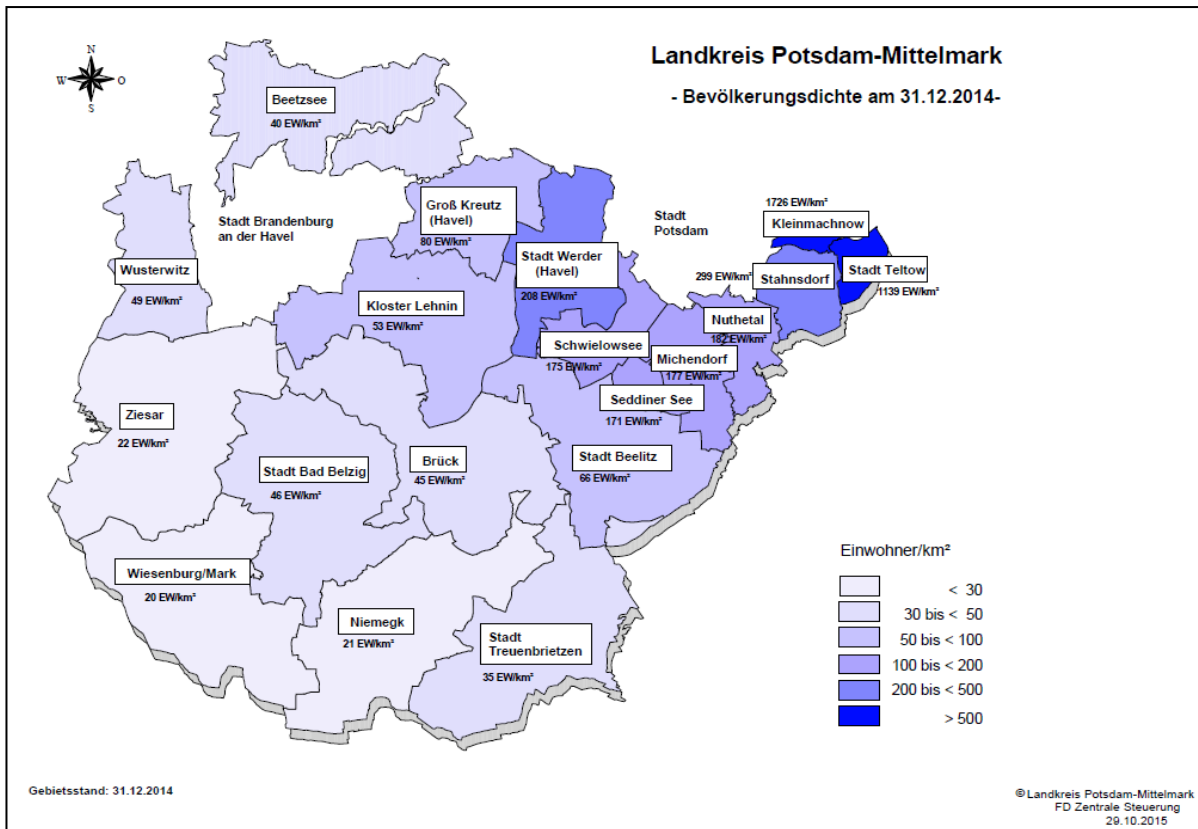
Der Workshop wurde durch Herrn André Köppen, Fachbereichsleiter Innerer Service und Zentrale Steuerung in der Kreisverwaltung, geleitet.



5.1.1 Impulsvortrag von André Köppen

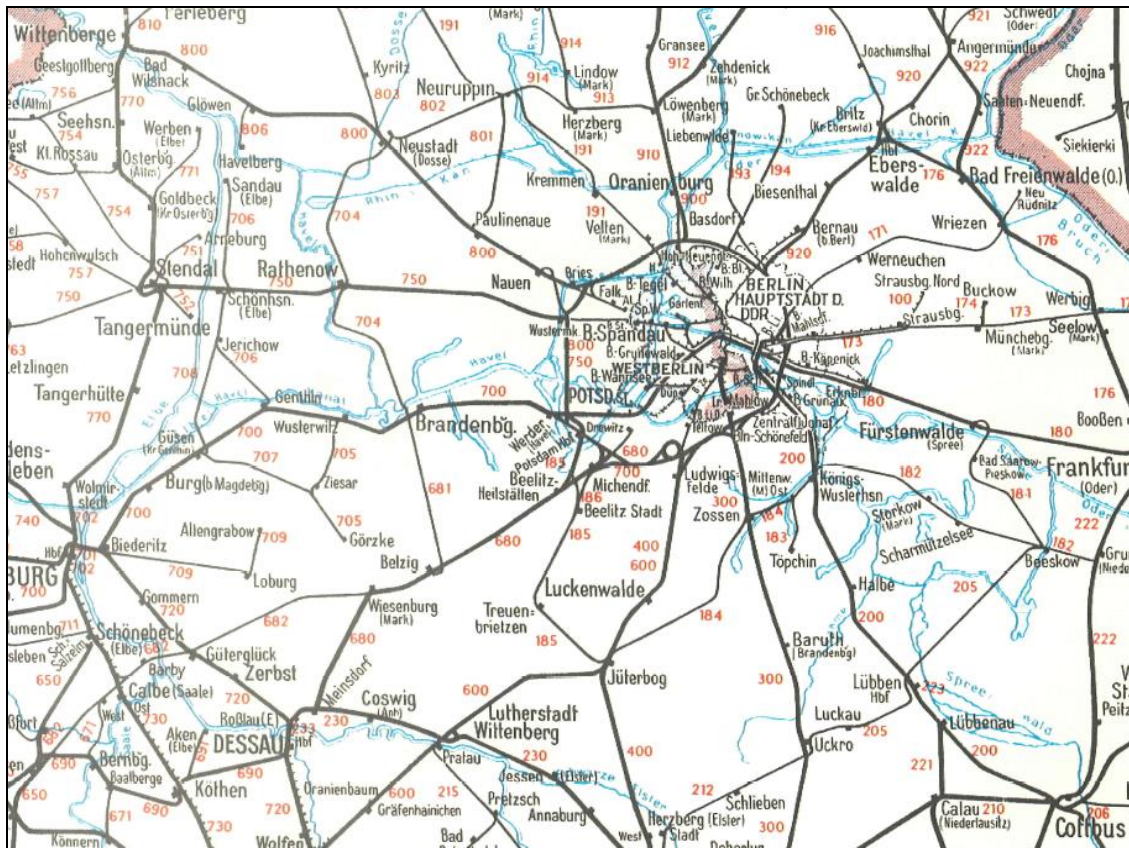
(Fachbereichsleiter Innerer Service und Zentrale Steuerung beim Landkreis Potsdam-Mittelmark)

Herr Köppen erläuterte zunächst die aktuelle Situation der Bevölkerungsverteilung im Landkreis. Dabei verwies er auf die bereits teilweise hohe Bevölkerungsdichte im engeren Verflechtungsraum. Potsdam-Mittelmark ist überwiegend Wohnstandort. Dies belegen auch die hohen Pendlerströme, die er ebenfalls erläuterte. Die Situation der Pendler sei nicht mehr zeitgemäß und müsse dringend verbessert werden. Autofahrer sollten auf die Bahn umsteigen, um nach Berlin und Potsdam zu gelangen. Dazu gehören Taktverdichtungen, längere Züge, mehr Parkplätze an Bahnhöfen und attraktive Fahrpreise. Berlin und Brandenburg müssten sich enger abstimmen, Berlin könne die Probleme ebenso wenig wie Brandenburg allein lösen.

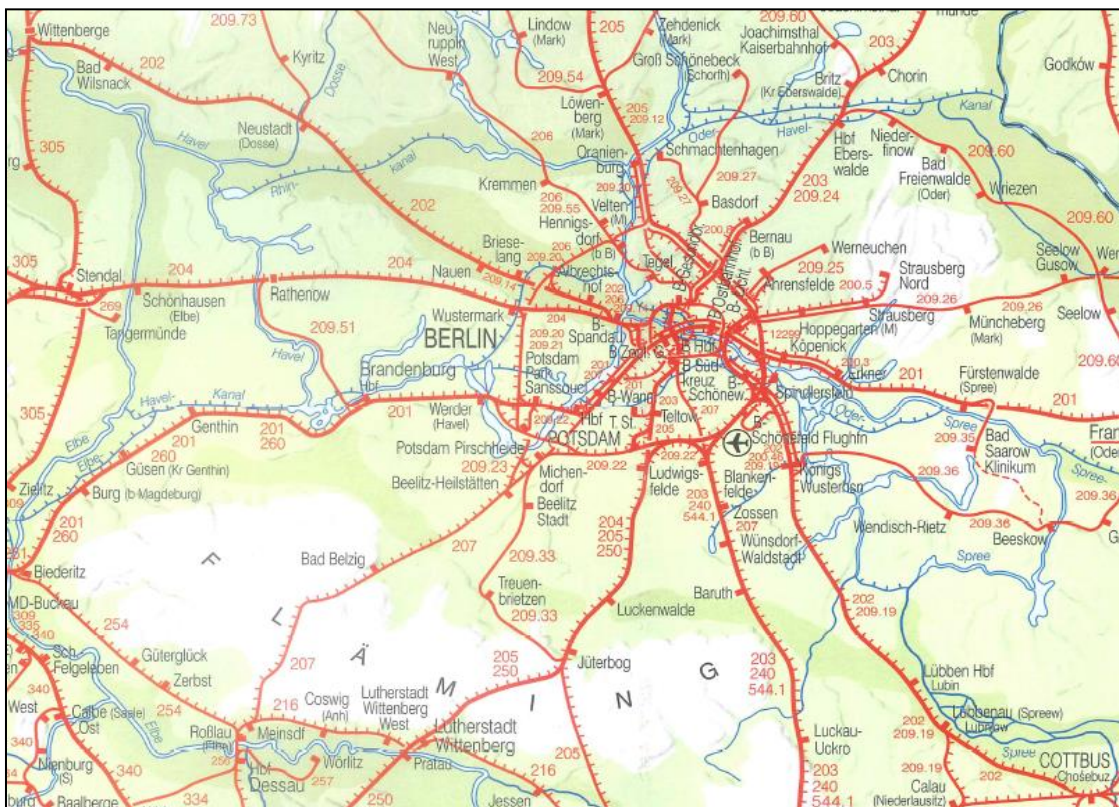


In einem kurzen historischen Exkurs erläuterte Herr Köppen dann den Teilnehmern des Forums die Entwicklung der Eisenbahn im heutigen Kreisgebiet. Er ging auf die bis zum 2. Weltkrieg vorhandenen Verbindungen ein, die anhand von Übersichtskarten veranschaulicht werden konnten. Er ging auch der These nach, dass sich in den vergangenen Jahren viele Verkehrsbeziehungen verbessert hätten. Dies sei allerdings nicht durchgängig der Fall, vielmehr hätten sich Verbindungen durch Ausdünnungen und Streckenstilllegungen, vor

allem im äußeren Entwicklungsraum, deutlich verschlechtert. Im Bahnbereich kann die Entwicklung anhand der hier dargestellten Kartenausschnitte veranschaulicht werden:



Streckennetz der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Reichsbahn, einheitliche Darstellung der DR von 1970, Nachdruck



Auszug aus der Karte für den Personenverkehr der Deutschen Bahn, 2014, DB Netz AG



Berliner Stadt-, Ring- und Vorortverkehr 1912

Im Zusammenhang mit den gewünschten Taktverdichtungen auf den Strecken RE 1 (Magdeburg – PM – Potsdam- Berlin) und RE 7 (Dessau – PM – Potsdam – Berlin) erläuterte Herr Köppen die Kapazitätsengpässe im Bereich Griebnitzsee und Westkreuz. Dadurch ergebe sich die Notwendigkeit, so schnell wie möglich die Stammbahn zwischen Griebnitzsee und Berlin Potsdamer Platz wieder in Betrieb zu nehmen. Eine schnelle Zugverbindung mit einem ausreichenden Platzangebot zwischen Bad Belzig bzw. Brandenburg an der Havel und Berlin würde den Landkreis Potsdam-Mittelmark stärken. Auf der Linie RE 1 sei zwischen Werder und Berlin ein 20-Minuten-Takt wünschenswert. Zwischen Bad Belzig und Berlin sei im Berufsverkehr ein Halbstundentakt auf der Linie RE 7 notwendig. Dabei solle man auch wieder über Verbindungen nachdenken, die nicht an jeder Station halten. So gab es bereits einen Regionalexpressverkehr zwischen Dessau über Bad Belzig, der den Stundentakt der Regionalbahn zweistündlich ergänzte (also drei Züge in zwei Stunden, heute zwei Züge in zwei Stunden).

Zwischen Dessau und Bad Belzig müsse am Wochenende der Stundentakt eingeführt werden, auch um die Förderung des Tourismus im Fläming zu unterstützen. Der Bahnhof Medewitz sei mit einem Stundentakt regelmäßig zu bedienen.

Der Busverkehr könne den Bahnverkehr nur ergänzen, nicht aber ersetzen. Außerdem würde so die Kostentragungspflicht vom Land auf die Kommunen verlagert werden. Regionalbahnverkehr sei Sache der Länder. Es müsse aber das Prinzip aufgegeben werden, dass nur zusätzliche Kapazitäten geschaffen werden können, wenn an anderer Stelle eingespart werde. Dies widerspreche den Notwendigkeiten einer wachsenden Region.

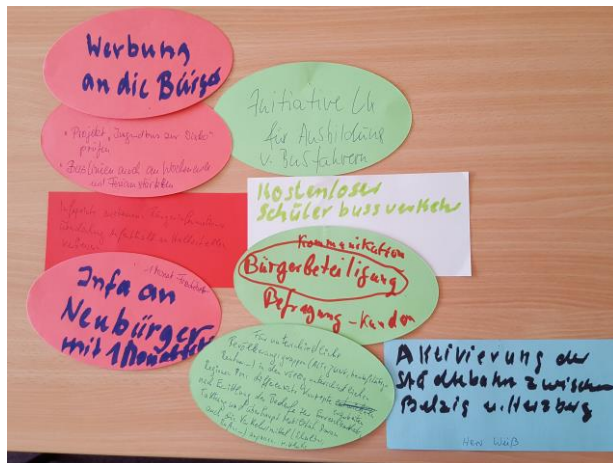
Welche Verbesserungen des schienengebundenen Verkehrs in Potsdam-Mittelmark wünschen Sie sich?	Mehrfachnennung
A-B-C- Tarife ausweiten (z. B. Beelitz-Heilstätten)	
Tarifsenkung bei der Bahn; Tageskarte Berlin-Fläming ist viel zu teuer	
Parkhäuser statt Parkplätze	
Unterstützung der Aktivierung des oberen Teils des Bahnhofs Pirschheide	
Genügend kostenfreie Parkplätze an Pendlerbahnhöfen (z.B. Michendorf und Brandenburg an der Havel)	x
P+R - Gesamtkonzept für das Land Brandenburg	
Subjektive Sicherheit in der Bahn wird kritisch gesehen	x
Züge mit Fenstern/Oberlichter, die zu öffnen sind;	
Schutzräume an den Haltestellen/ Bahnhöfen, die auch Wetterschutz bieten, Dächer als Minimum	
Barrierefreiheit in Bahnhöfen	x
Pünktlichkeit der Bahn / Garantie	x
Wenn der Bahnhof nicht im Ortszentrum liegt, Möglichkeit schaffen, den Bürger zum Bhf. zu bringen, Fahrrad – Fahrradweg an KS, Parkplätze zum Umsteigen von Bus auf Bahn	
Eisenbahnlinien, die es noch gibt, sichern und nutzen; z.B. Bundeswehrlinien	
Gute B&R – Plätze an allen Bahnhöfen; Leihradssystem für PM ausschreiben/initiieren	
Telefonkontakt/ Handy mit Bürgerbus/Rufbussystemen von den häufig verspäteten Bahnen/ Zügen >>>> WLAN	x
Anschlussicherung Bahn – Bus, Bus - Bahn	
Info an Fahrgäste bei Fahrplanabweichungen (Echtzeit >> online)	x
Personen- und Güterverkehr zusammen denken	
Alle Bahnhöfe sichern und als Infopunkt entwickeln	
Erhalt aller Bahnhöfe, die unmittelbar an der Ortslage liegen	
Attraktive Bahnhöfe (z. B. wie Bad Belzig, private Betreiber ohne Verdrängung vorhandener Bsp. Michendorf)	x
Stundentakt an allen Bahnhöfen an allen Wochentagen/ Wiedereinführung des 1-Stundentaktes RE 7 am Bahnhof Medewitz in Richtung Berlin und Dessau	x

Welche konkreten Einzelmaßnahmen können Sie sich vorstellen?	Mehrfachnennung
IRE MD-BRB-P-B-Bernau-Angermünde-Stettin über Stammbahn (wie IRE B-HH 29,90 €?) RE 8 Dessau – Szczecin	x
Verbesserung Taktung Bad Belzig <-> Berlin RE 7 und auch bis nach Dessau Tourismus stärken, Pendler erlauben, Inklusion fördern (am häufigsten angesprochene Maßnahme)	x
Bedarfsgerechter Ausbau des Bahnsteigs in Medewitz	
Mobilitätsmanager = Antreiben; Kompetenz + Standing ?? (Stelle, die vorhandene Angebote verknüpft, sich Bedarfen annimmt,...)	x
Gemeinsamer Nahverkehrsplan PM/ LHP	
Taktverdichtung RE 7/ Fassungsvermögen, auch Fahrrad	x
Regionalzüge in Teltow – alle Züge sollen halten (120T€)	
1 Stundentakt ganztägig + am WE Potsdam - Jüterbog	
RE 7 – Wiedereinführung Stundentakt für den Bahnhof Medewitz Förderung des Tourismus, der Mobilität von Berufstätigen und der Inklusion	x
S-Bahn von Teltow zum Hbf. (Umsetzung der Planung)	
Borkheide & Beelitz- Heilstätten einbeziehen in die Wabenstruktur des VBB	
Stärkung der Relation Michendorf – Geltow- LHP, da Gefahr der Einstellung	
Anschluss des Ortsteiles BRB/ Wust an die Eisenbahn	
Aktivierung der alten Städtebahn zwischen Belzig und Herzberg	

Was ist in welchen Schritten davon realistisch umsetzbar?	Mehrfachnennung	Kommentar
Taktverdichtung der RE 7	x	Diese Meinung der Teilnehmer wurde so aufgenommen, wobei die Detailkenntnisse zu Zuständigkeit und Bestellverfahren für Schienenpersonenverkehre nicht vorausgesetzt werden können. Das Land BRB hat in 2012 einen 10-Jahresvertrag beauftragt.

Welche sonstigen Ideen/ Beiträge können Sie zur Unterstützung der Kreisverwaltung noch benennen?
Nicht nur bahnbezogen denken (Bsp. TKS, es wird nur um die Halte diskutiert, aber das Umfeld <-> Buserschließung muss mitbedacht werden
Äußerst positiv: neue Verbindung per Bahn Heilstätten - Potsdam
Inklusionsbestrebung statt Exklusion (bezog sich auf die schlechte Situation zur Barrierefreiheit im Bereich Medewitz ...)
SPNV-übergreifende Potentiale betrachten – Bsp. RE 7 im Moment sehr voll, aber übergreifend ist das eine Strecke ohne Fernverkehr – also mit Erweiterungspotential im Gegensatz z. B. zur Hamburger Bahn – Wachstum Falkensee; Siedlungspotentiale an der Strecke nutzen
Der Landkreis sollte nachdrücklich das Bürgeranliegen unterstützen -> stündlicher Halt an der Haltestelle Medewitz
Modalsplit in schwacher Verkehrszeit; Anschlüsse sichern (auch in den Abendstunden) alternative Bedienformen
Trassensicherung von Strecken, die stillgelegt sind

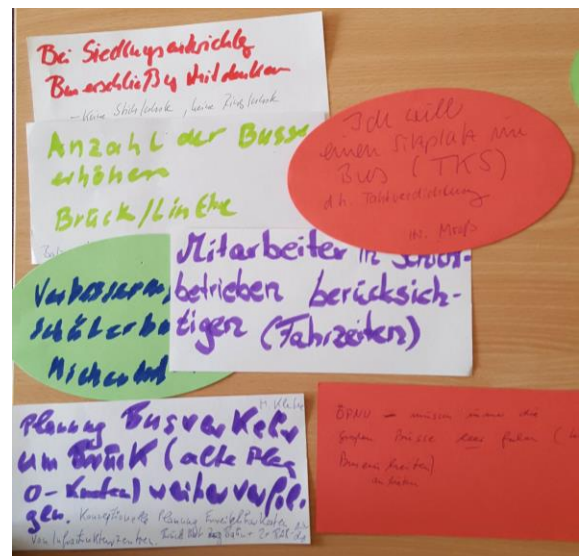
Ergebnisse



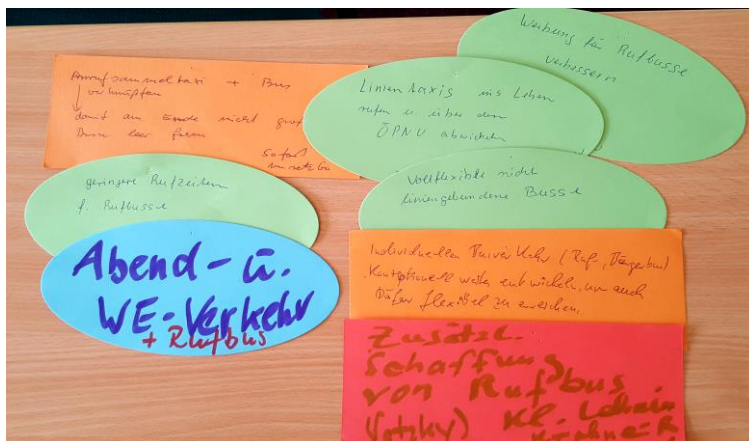
- Um die Bekanntheit des ÖPNV im Landkreis zu erhöhen, äußerten die Teilnehmer der Arbeitsstation, Ideen wie die Entwicklung von Informationsblätter für „Neubürger“, welche über das ÖPNV-Angebot im Landkreis informieren sollen, oder den Einsatz von gezielten Werbe- bzw. Marketingmaßnahmen. Man wies darauf hin, dass bei der zukünftigen Bedarfsfeststellung die Bürger regelmäßig zu

beteiligen sind, um die Akzeptanz und Attraktivität des Busverkehrs zu erhöhen. Des Weiteren wurde die Idee genannt, „Neubürger“ des Landkreises für einen Monat ein Freiticket für den ÖPNV zu geben.

- Weiterhin wurden u.a. auch die Angebote sowie die Kapazitäten der Verkehrsunternehmen diskutiert. Dabei wurde benannt, dass bei Siedlungsentwicklungen auch die Busanbindungen mitbedacht werden sollten. Ergänzend wurde gesagt, dass es im berlinnahen Raum zu Stoßzeiten eine Kapazitätserweiterung (Busse mit mehr Sitzplätze) geben sollte, damit der ÖPNV eine gute Alternative zum PKW ist. Auf der anderen Seite wurde darüber gesprochen, im ländlichen Bereich eher kleinere bedarfsgerechtere Busse einzusetzen. Es wurde erwähnt, dass sich die Busfahrpläne auch stärker an Schichtarbeiter orientieren sollten und es dahingehend aktuell noch optimierungsbedarf gibt. Für Brück wurde gefordert, die Anzahl der Parkplätze am Bahnhof zu erweitern.

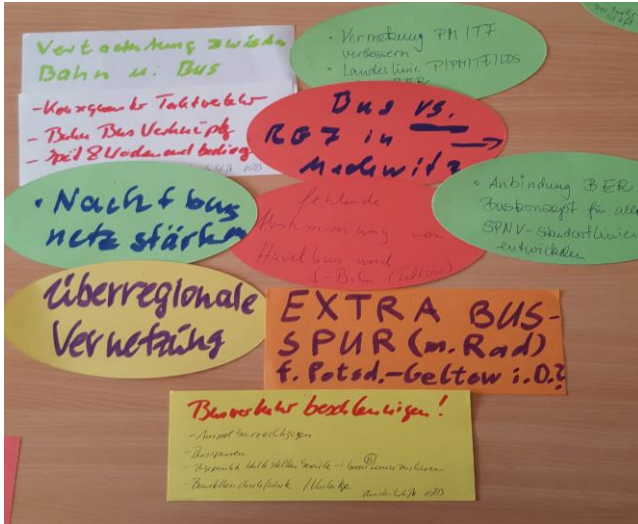


- Die Abend- und Wochenendverkehre waren ein weiterer Schwerpunkt in der Diskussion an dieser Arbeitsstation. Dabei wurde geäußert, dass das Rufbussystem bedarfsgerechter ausgebaut werden sollte, insbesondere an den Wochenenden und den Abendstunden. Als wichtig wurde in diesem Zusammenhang erwähnt,



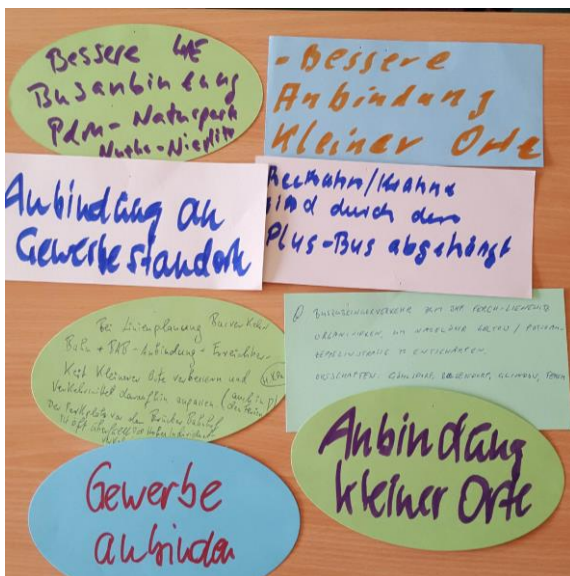
dass die Rufzeiten für die Rufbusse verringert werden sollen, um eine Alternative darzustellen. Für die Abendstunden wurde gefordert, das Nachtbusnetz sowie die Buslinien auch in den Ferien zu stärken.

Generell sollten alternative Bedienformen im Busverkehr konzeptionell überdacht werden, um mehr Flexibilität zu erzielen. Als Idee wurde benannt, sogenannte Linientaxis einzusetzen und über Anrufsammeltaxis nachzudenken, anstelle des Einsatzes „großer Busse“ in der Fläche. Für die unterschiedlichen Mobilitäts-Bedarfe im Landkreis sollten Konzepte entwickelt und gefunden werden, um „Dörfer“ auch flexibel erreichen zu können.



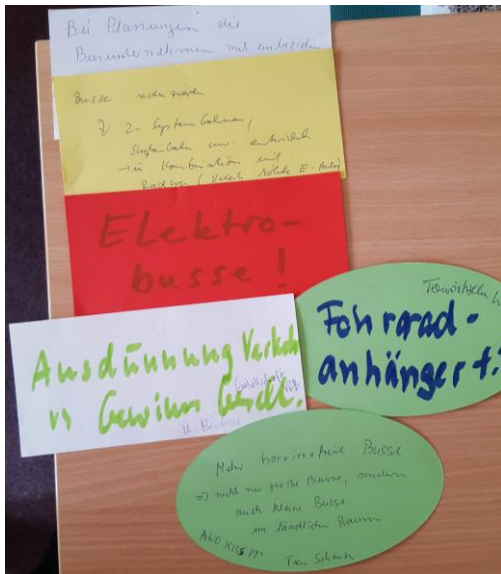
- Es wurde wiederholt gefordert, die Tak- tung zwischen ÖPNV und SPNV besser abzustimmen, sodass Anschlüsse er- reicht werden können. Diese „Vertak- tung“ sollte auch an Wochenende Be- stand haben. Als weitere Idee sollte der Busverkehr beschleunigt werden, z. B. durch Extra-Busspuren, bessere Ampel- schaltung etc.. Weiterhin wurde gefor- dert, nicht nur den Zug- und den Bus-

verkehr besser aufeinander abzustimmen, sondern auch die Verkehrsangebote anderer Aufgabenträger bzw. Verkehrsunternehmen im ÖPNV besser zu vernetzen (z. B. Teltow-Fläming). Das Ziel sollte sein, überregionale Verkehrsnetzwerke zu etablieren. Dafür sollte beispielsweise zukünftig eine Landeslinie zum Flughafen BER initiiert werden, die durch Potsdam/Potsdam-Mittelmark/Teltow-Fläming sowie den Landkreis Dahme-Spree führt. Für den Verkehr aus dem Landkreis Potsdam-Mittelmark nach Potsdam wurde identifiziert, dass man das Nadelöhr Geltow/Zeppelinstraße entschärfen muss.



- Des Weiteren stand die bessere Anbindung des Busverkehrs an Ortschaften/Gemeinden im Land- kreis im Vordergrund. Dabei wurde gefordert, dass die Bürger des Landkreises nicht vom ÖPNV abgeschnitten werden dürfen. Ergänzend wurde erwähnt, dass eine bessere Orientierung des Busverkehrs an die Gewerbestandorte erfolgen sollte. Weiterhin sollte geprüft werden, ob die Möglichkeit besteht, für Jugendliche den Busver- kehr zur Disko einzurichten und ebenfalls zu ge- währleisten, dass touristische Punkte auch an Wochenenden im Fahrplan berücksichtigt werden.

Es wurde bemängelt, dass der Plusbus mit seiner aktuellen Linienführung Ortschaften wie Reckahn und Krahnne abhängt. Weitere Forderungen waren der Einsatz von mehr Bussen im Bereich Linthe sowie eine Verbesserung des Schülerverkehrs zum Gymnasium in Michendorf.



Die Teilnehmer besprachen die Idee, dass die Busse mehr Möglichkeiten bieten sollten, ein Fahrrad mitzunehmen (z. B. Fahrradanhänger). Weiterhin wurde benannt, dass die Barrierefreiheit weiter ausgebaut werden muss und dies insbesondere auch für kleinere Busse gewährleistet sein soll. Die Anschaffung von Elektrobusen in den Verkehrsgesellschaften wurde ebenfalls thematisiert. Benannt wurden ebenfalls Überlegungen, 2-Systembahnen zu etablieren, um den Busverkehr zu reduzieren und verschiedene Mobilitätsformen zu verbinden.

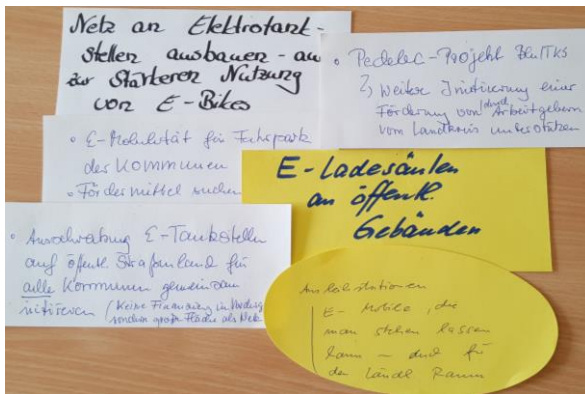
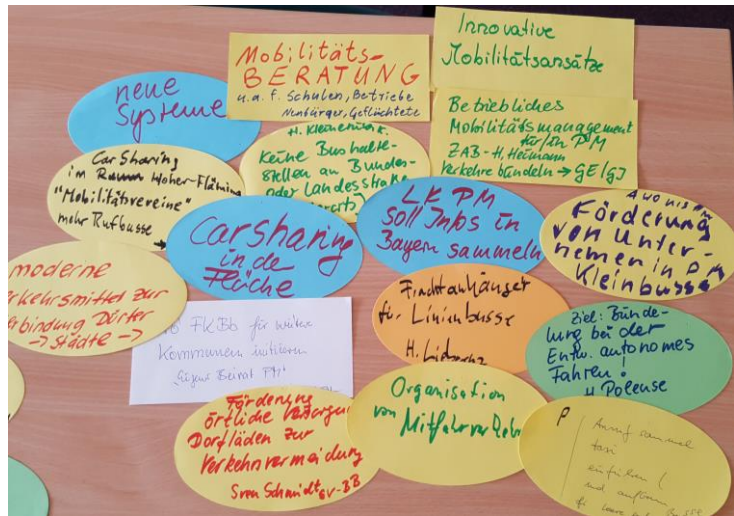
• **Straßen, Wege, sonstige Mobilität**

Die Arbeitsstation zum Teilthema „Straßen, Wege, sonstige Mobilität“ wurde durch Herrn Christian Stein, 1. Beigeordneter des Landkreis PM, begleitet.



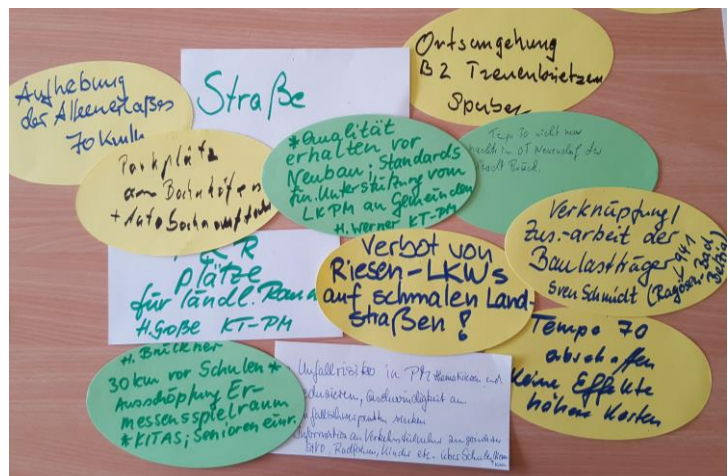
Ergebnisse

- In der Arbeitsgruppe wurden u. a. innovative Mobilitätsansätze diskutiert. Dabei ging es um Mobilitäts-sharing (z. B. Unterstützung von Car-sharing/Mitfahrgelegenheiten) sowie Möglichkeiten, ggf. Mobilität zu vermeiden (Dorfläden etablieren, Frachthänger für Linienbusse einführen, etc.). Weiterhin sollte es eine Mobilitätsberatung geben (u. a. für Schulen, Unternehmen) und statt „leerer Busse“ Anrufsammeltaxis genutzt werden.

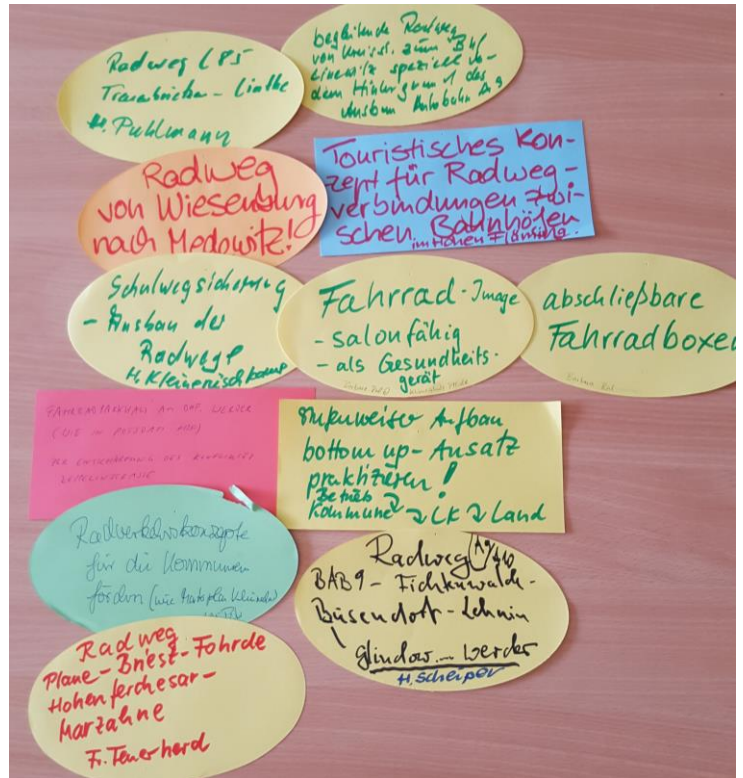


- Das Thema E-Mobilität stand ebenfalls im Fokus der Arbeitsgruppe. Hier wurde geäußert, dass es wichtig ist, ein Netz an Elektro-Tankstellen aufzubauen und als gutes Beispiel solche Ladesäulen an öffentlichen Gebäuden zu installieren. Die Kommunen und der Landkreis sollten in Sachen E-Mobilität vorangehen (Umstellung des Fuhrparks, Ausleihstationen anbieten) und das bisherige Projekt Pedelec weiter intensivieren.

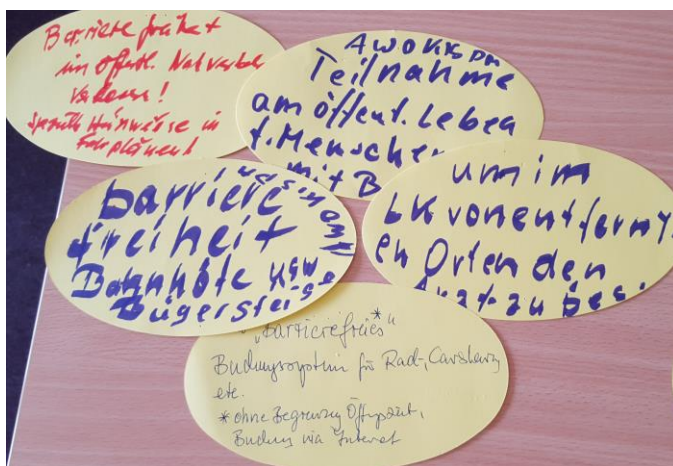
- Die Straßen im Landkreis waren in der Arbeitsgruppe ein weiteres Thema. Hier gab es diverse Ideen und Wünsche der Teilnehmer hinsichtlich der Tempobeschränkungen sowie den mehrfachen Wunsch nach mehr Park&Ride-Parkplätzen, beispielsweise an Bahnhöfen oder Autobahnauffahrten. Für Kreisstraßen wurde formuliert, dass die Qualitätserhaltung dem Neubau von Straßen vorrangig sein sollte und eine bessere Verknüpfung der Straßenbaulastträger wünschenswert ist. Weiterhin wurde eine Ortsumgehung für Treuenbrietzen sowie ein Verbot von „Riesen LKW“ s auf schmalen Straßen gefordert.



- Die Radwege waren ein weiterer Schwerpunkt in der Diskussion dieser Arbeitstation. Hier wurden die Maßnahmeideen geäußert, neue Radwege zu bauen bzw. zu erweitern (Treuenbrietzen-Linthe, Wiesenburg-Medewitz, Plane-Briet-Fohrde-Marzahne, Fichtenwalde-Lehnin, Glindow-Werder). Es wurde darüber gesprochen, dass der konsequente Ausbau von Radwegen auch einen erheblichen Teil zur Schulwegsicherung beiträgt und der Landkreis für den Ausbau der Radwege auch ein Radverkehrskonzept der Kommunen fördern sollte. Als weiterer Punkt wurde benannt, dass mehr Abstellmöglichkeiten für Fahrräder



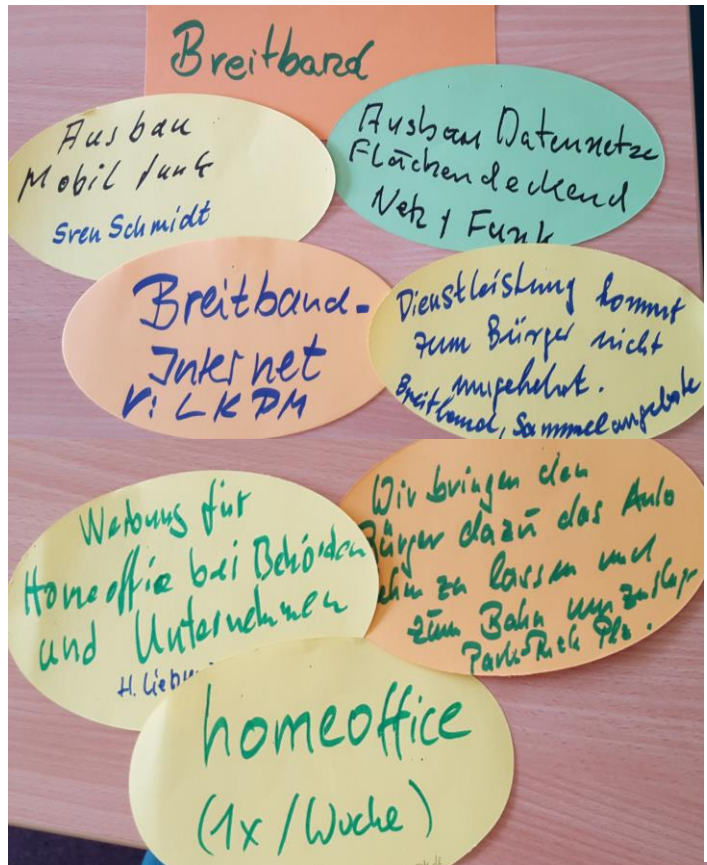
geschaffen werden müssen (z. B. Fahrradparkhaus in Werder oder abschließbare Fahrradboxen).



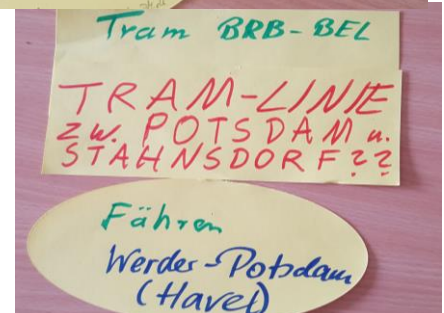
- Die Barrierefreiheit wurde in dieser Arbeitstation weiterhin angesprochen. Es wurde die Barrierefreiheit im öffentliche Nahverkehr und spezielle Hinweise in den Fahrplänen gefordert. Neben der Barrierefreiheit im ÖPNV wurde weiter darüber gesprochen, dass auch der öffentliche Raum (d. h. Bahnhöfe, Bürgersteige, etc.) einer Anpassung bedürfen, um

auch behinderten bzw. älteren Menschen die Teilnahme am öffentlichen Leben zu ermöglichen. Weiterhin sollten barrierefreie Mobilitätsangebote grundsätzlich auch via Internet buchbar sein.

- Um innovative Mobilitätsangebote umzusetzen bzw. Verkehr auch zu vermeiden, stellte man in der Arbeitsgruppe fest, dass der konsequente Ausbau der Breitbandversorgung im Landkreis im Fokus stehen sollte. Dazu wurde geäußert, dass der Netzausbau in Hinblick auf die Internet- sowie die Mobilfunknetzverfügbarkeit flächendeckend erfolgen muss. Mit einer entsprechenden Breitbandversorgung können Dienstleistung auch zum Bürger gelangen bzw. auch bessere Angebote für Homeoffice-Lösungen angeboten werden, was zur Verkehrsvermeidung beitragen kann.



- Um den Individualverkehr zu verringern, wurde des Weiteren die Idee geäußert, Tramlinien zwischen Stahnsdorf und Potsdam sowie von Brandenburg a. d. H. nach Bad Belzig zu bauen. Eine weitere Option wäre die Nutzung des Wasserwegs zwischen Werder und Potsdam in Form eines Fährverkehrs.



5.2 Workshop 2: Chancen aus der Entwicklung der Metropolregion Berlin/Potsdam



Der Workshop wurde durch Frau Kerstin Kämpel, Leiterin des Büro Landrates in der Kreisverwaltung, geleitet.



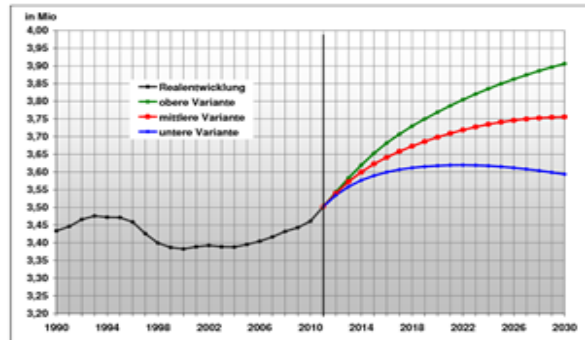
5.2.1 Impulsvortrag von Dr. Stefan Schneider



(Deutsches Institut für Urbanistik)

Bevölkerungsentwicklung übertrifft bisher die Erwartungen

- Berlin wächst – Prognosen gehen von bis zu 4 Mio. Einwohnern im Jahr 2030 aus
- Berlin baut – vergleichsweise große Flächenpotenziale ermöglichen Schaffung von Wohnraum
- Berlin wohnt günstig – verglichen mit anderen Metropolen bietet Berlin (noch) günstigen Wohnraum



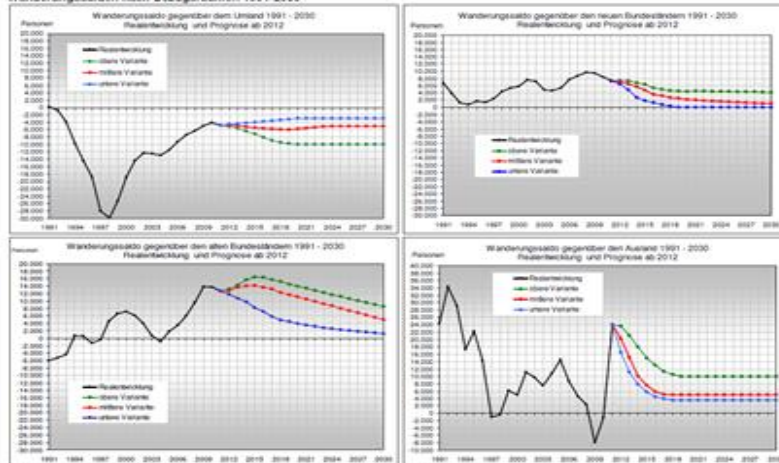
Bevölkerungsentwicklung 1991-2030 in 3 Varianten für Berlin

Realentwicklung bis 2011, ab 2012 Prognose

Quelle: Statistik Berlin Brandenburg

Die wachsende Metropole wirkt auch auf das Umland

Wanderungssalden nach Bezugsräumen 1991-2030



Quelle: Statistik Berlin Brandenburg

Der Landkreis Potsdam-Mittelmark als Wohnstandort für Großstädter

Was kann der Landkreis bieten?

- Freier Wohnraum in Städten und Gemeinden des Landkreises
- Niedrigeres Miet- und Preisniveau bei Bestandsimmobilien
- Naturnähe und ländliche Ruhe als Gegenpol zum Großstadttrübel
- Naturnahe Freizeitaktivitäten und Sport

Wo liegen Risiken für den Landkreis?

- Bedarf an sozialer Infrastruktur steigt mit der Bevölkerung
- Höhere spezifische Kosten bei Infrastruktur aufgrund geringerer Größeneffekte im Vergleich zu Berlin
- Besondere Infrastrukturbedarfe und Leistungsanforderungen durch die Ausrichtung auf Pendler (z.B. Zeiten Kinderbetreuung, Service-Zeiten Verwaltung)
- Wettbewerb zwischen den Landkreisen und Gemeinden im Metropolenraum
- Höhere Lebenshaltungskosten durch größere Bedeutung des MIV
- Mögliche Zielkonflikte bezogen auf Umwelt-/Klimaziele

Quelle: Statistik Berlin Brandenburg

Wettbewerbsvorteile des Landkreises durch die Bedienung spezifischer Bedürfnisse

Bildung / Kultur

- Hochkultur vs. „Mitmach-Kultur“ – Raum für kreative Betätigung und künstlerisches Schaffen
- Bildungsangebote zur Vermittlung spezifischer Wahrnehmungen / Kenntnisse im ländlichen Raum

Umwelt / Klima

- Nachhaltige und biologische Erzeugung regionaler landwirtschaftlicher Produkte
- Nutzung des Potenzials zur Erzeugung erneuerbarer Energien

Verkehr / Mobilität

- Stärkung des Umweltverbundes im Pendlerverkehr
- Verkehrsvermeidung durch Arzt-Mobil, Dorfladen und Breitband-Internet

Wirtschaft

- Verlängerung der regionalen Wertschöpfungskette als Ziel der Wirtschaftsförderung
- Förderung des Austauschs mit innovativen Unternehmen im Metropolenraum (Vernetzung)

Die Idee dahinter:
Angebote des Landkreises greifen strategische Schwerpunkte Berlins auf und ergänzen bzw. erweitern diese auf der Grundlage regionaler Stärken.

Deutsches Institut für Urbanistik

Anregungen für die strategische Diskussion

- Orientierung an spezifischen Bedürfnissen der vorhandenen und potenziellen Einwohner
 - Analyse der Einwohnerstruktur in Berlin - Milieus, Zielgruppen
 - Spezifische Kompetenzen, Einstellungen, Bedürfnisse – Was wollen die Menschen?
- Identifizierung von Angebotslücken aufgrund der Schwerpunkte der BerlinStrategie
 - Abgleich der identifizierten Bedürfnisse mit der BerlinStrategie
 - Potenziale des Landkreises PM – Was kann Berlin nicht bieten, der Landkreis aber schon?
- Förderung einer regionalen Differenziertheit
 - Denkbare Schwerpunktsetzung im Stadt-Umland-Zusammenhang: Wohnen, Innovatives Gewerbe
 - Regionen außerhalb des SUZ: Potenziale für Energieerzeugung, Landwirtschaft, Tourismus
- Förderung der strategischen Zusammenarbeit der Gemeinden
 - Einrichtung eines Dialogkreises der Gemeinden
 - Förderung und Unterstützung koordinierter und kooperativer Vorgehensweisen

Nutzung von Flächenpotenzialen zur Profilierung als Wohnstandort für Berlin-Pendler

vs.

Unternehmerische Potenziale als Basis eines attraktiven Wohnstandortes

Deutsches Institut für Urbanistik

5.2.2 Ergebnisse des Workshops „Chancen aus der Metropolregion“

Die Teilnehmer des Workshops durchliefen in drei Gruppen nacheinander drei verschiedene Arbeitsstationen zu den Themen „Unsere Jüngsten“, „Wir PM'ler mitten im Leben“ und „Unsere Eltern und Großeltern“. Sie diskutierten dabei unter anderem jeweils folgende Fragestellungen:

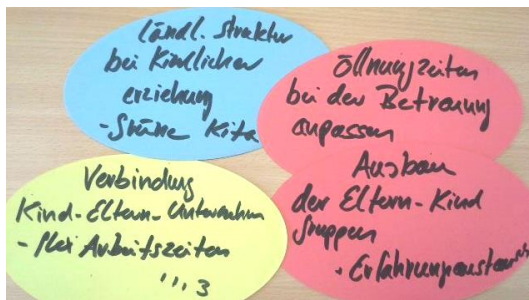
- Was kann/sollte PM der Zielgruppe bieten, was die Großstadt Berlin/Potsdam nicht kann?
- Was sollte getan werden, um daraus als Landkreis noch stärker profitieren zu können? (Maßnahmen, Projekte, Programme)
- Was ist in den nächsten 5 Jahren davon realistisch umsetzbar?
- Wer sind die Akteure zu den einzelnen Maßnahmen?

• **Unsere Jüngsten**

Die Arbeitsstation zum Teilthema „Unsere Jüngsten“ wurde durch Herrn Dominique Schneeweiss, Fachbereichscontroller in der Kreisverwaltung, begleitet.

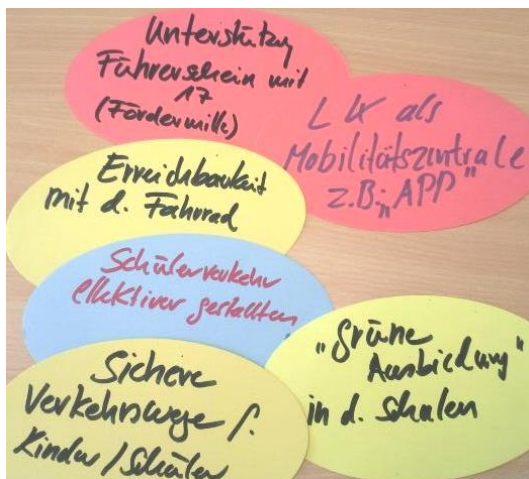


Ergebnisse:



- Es wurde festgestellt, dass die ländliche Struktur grundsätzlich mehr Platz für Entfaltung und kreative Ideen bietet. Diese Struktur sollte auch bei der kindlichen Erziehung genutzt werden, beispielsweise durch „Grüne Kitas“ und eine entsprechende „grüne Ausbildung“ in den Schulen. Auch die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sollte durch angepasste Öffnungszeiten bei der Kinderbetreuung gestärkt werden.

- Im Landkreis werden hauptsächlich Einfamilienhäuser errichtet. Ausreichend Wohnraum, gerade für junge Menschen und Familien, ist nicht vorhanden. Konkret wurde daher gefordert, dass der Landkreis den Wohnungsbau aktiv unterstützt. Dabei sollten auch alternative Projekte wie die Schaffung von Wohngemeinschaften (insb. für Studenten nahe der Hochschulstandorte) bedacht werden.

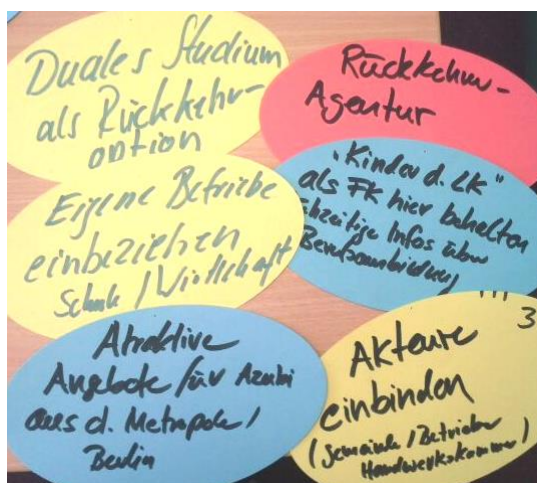
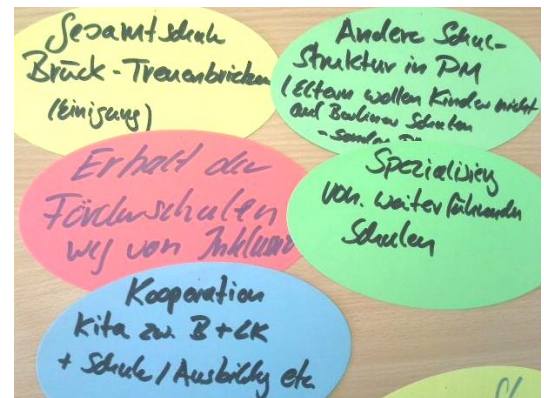


- Bezüglich der Mobilität wurde gefordert, die vielfältigen Angebote (ÖPNV, SPNV, Carsharing etc.) in einer Mobilitätszentrale (z. B. als App) zu bündeln. Als Alternative zur motorisierten Fortbewegung sollte die Erreichbarkeit mit dem Fahrrad u. a. durch den Ausbau der Fahrradwege verbessert werden. Ein wichtiges Anliegen dabei ist auch die Sicherung der Verkehrswege. Der Schülerverkehr mit Schulbussen soll insgesamt effektiver gestaltet werden.



- Es wurde bemängelt, dass es oft an Treffpunkten und passenden Angeboten für Jugendliche fehlt. Das Vereinsleben, insbesondere die Sport- und Fördervereine, sollten gezielt unterstützt werden.
- Die Anforderungen und Standards von Spielplätzen sind vielerorts viel zu hoch. Es sollten einfache, attraktive Lösungen geschaffen werden. Vorhandene Strukturen und Freizeitmöglichkeiten sollten erhalten werden.

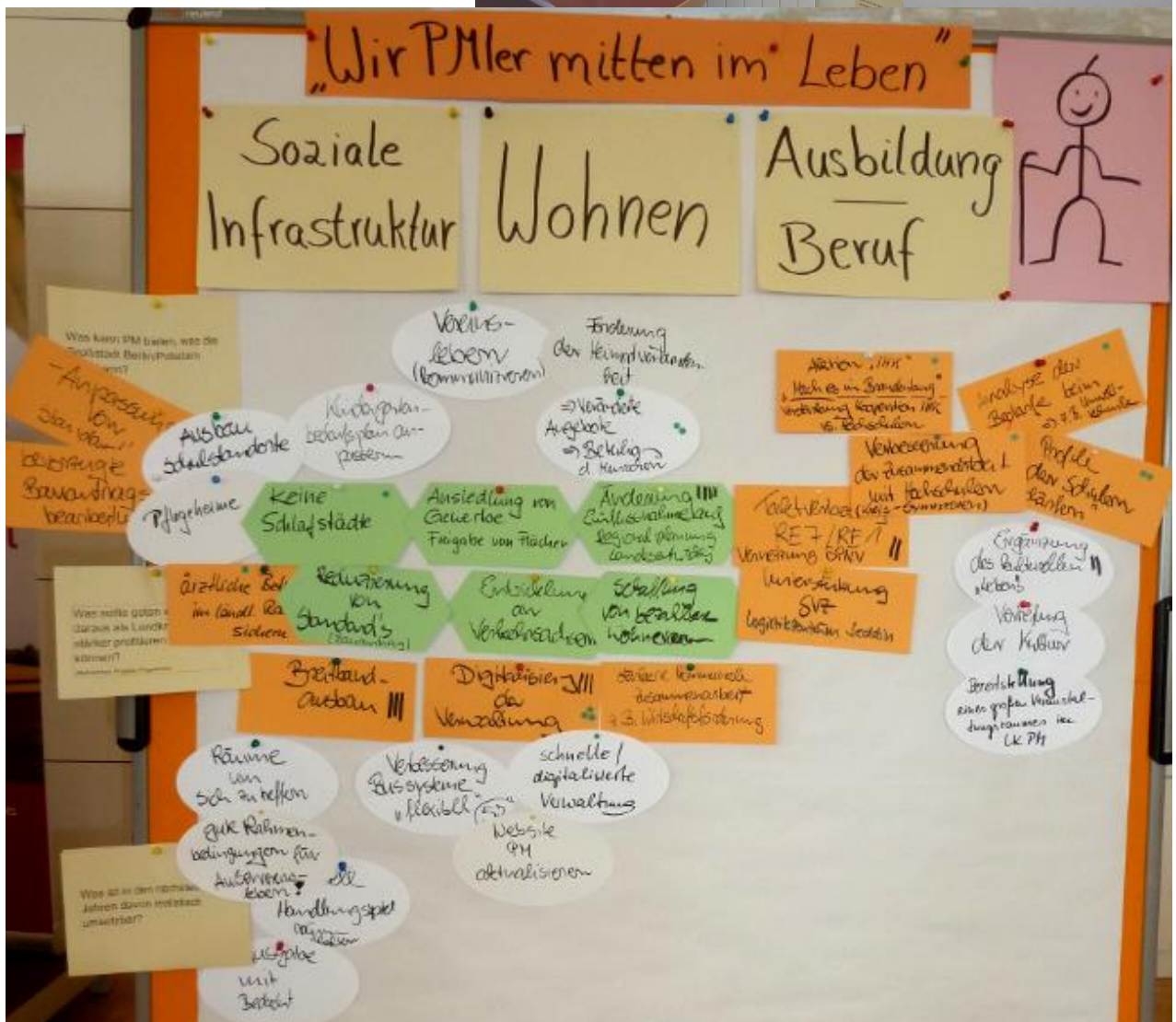
- Die gute Schulstruktur im Landkreis führt dazu, dass unsere Einrichtungen meist den Vorzug vor den Berliner Schulen erhalten. Um die Angebote noch attraktiver zu machen, sollten die Profile der weiterführenden Schulen spezialisiert werden.
- Sinnvoll ist jedoch auch die Kooperation mit Berlin, insbesondere im Bereich der Kitas, Schulen und Ausbildung.
- Bezüglich der Problematik der Gesamtschule Brück/Treuenbrietzen sollte eine Einigung unterstützt werden. Ebenso sollten die Förderschulen erhalten werden.



- Der Landkreis muss attraktiv für junge Leute sein. Ein duales Studium kann eine frühe Bindung an die Region ermöglichen. Vielfältige Angebote im Bereich der Berufsausbildungen können auch für Azubis aus der Metropole Berlin attraktiv sein. Hierfür müssen alle Akteure eingebunden werden (Betriebe, Gemeinden, Handwerkskammern etc.).

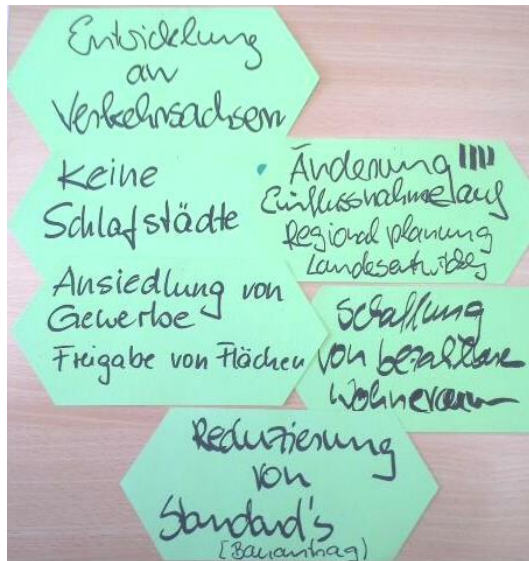
• **Wir PM'ler mitten im Leben**

Die Arbeitsstation zum Teilthema „Wir PM'ler mitten im Leben“ wurde durch Herrn Tobias Kothe; Mitarbeiter Zentrales Controlling in der Kreisverwaltung, begleitet.



Ergebnisse:

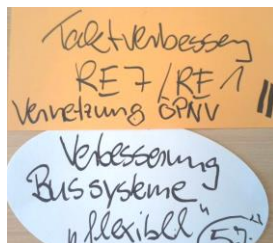
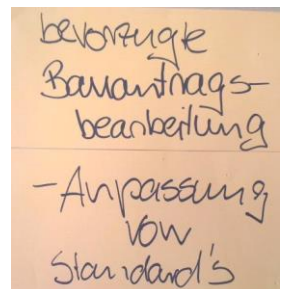
Frage: Was kann/sollte PM der Personengruppe der älteren Menschen und Senioren bieten, was die Großstadt Berlin/Potsdam nicht kann und was sollte getan werden, um daraus als Landkreis noch stärker



profitieren zu können? (Maßnahmen, Projekte, Programme)

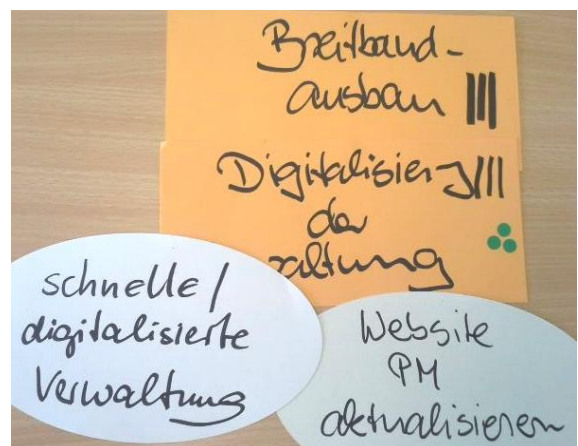
- Es wurde festgestellt, dass die Landesentwicklungsplanung sowie die Regionalplanung sich auf alte Prognosen zur Bevölkerungsentwicklung stützen, die zum Teil überholt sind und dass die Planungen nicht die Bedürfnisse der kreisangehörigen Kommunen angemessen berücksichtigen. Hier sollte auf politischer Ebene mehr Einflussnahme erfolgen.

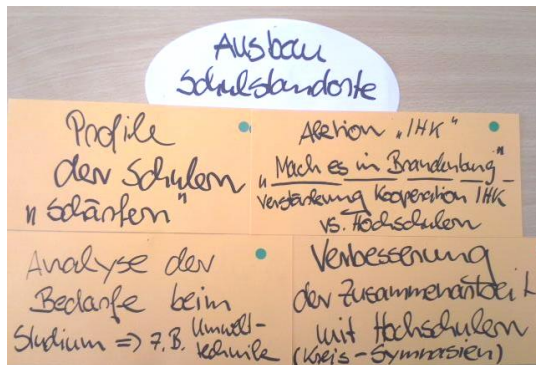
- Als Entwicklungsachsen für die Ansiedlung von neuen Einwohnern wurden die vorhandenen Verkehrsachsen (Regionalexpresslinien und Bundesautobahnen) als erfolgversprechend klassifiziert. Dort sollte bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden; es dürfen aber keine reinen „Schlafstädte“ entstehen. Eine Reduzierung von Standards im Baurecht sowie eine bevorzugte Bearbeitung von Bauanträgen kommunaler Gebietskörperschaften könnte dies fördern.



- PM wird als Wohnstandort insbesondere dann attraktiv, wenn Berufspendler Berlin und Potsdam bzw. Dessau und Magdeburg schnell erreichen. Hier wird eine deutliche Taktverbesserung sowie Beschleunigung bei den Regionalexpresslinien sowie eine Verbesserung der Vernetzung mit dem ÖPNV gefordert.

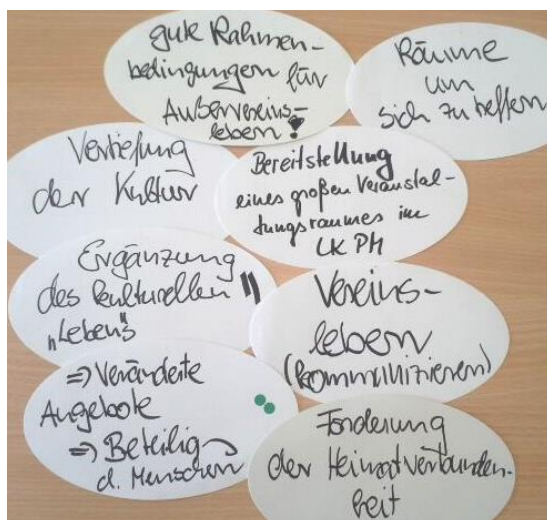
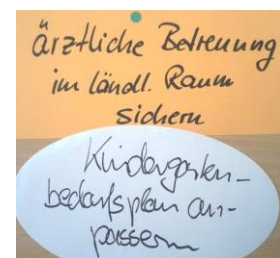
- Ein nicht zu unterschätzender Faktor für die Attraktivität als Wohn- und Wirtschaftsstandort ist das Vorhandensein einer schnellen Internetverbindung. Konkret soll der Breitbandausbau vorangetrieben werden.
- Im Bereich der Kreisverwaltung wird Potential gesehen, die Abwicklung von Verwaltungsverfahren besser digital zu unterstützen sowie die Website zu aktualisieren.





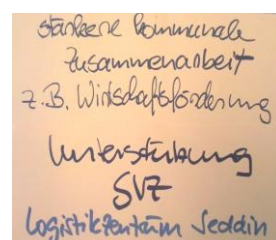
- Potsdam-Mittelmark hat in unmittelbarer Umgebung eine Vielzahl an attraktiven Hochschuleinrichtungen. Jedoch findet eine Zusammenarbeit dieser Einrichtungen mit dem Kreis bzw. dessen Schulen kaum statt. Es sollten Maßnahmen entwickelt werden, die den Schulabgängern die Studienmöglichkeiten in der Region bekannt machen (z.B. Infoveranstaltungen an den Gymnasien, etc.).

- Der für die Schulträgerschaft des Kreises zuständige Fachbereich schlug vor, die Profile der eigenen Schulen zu schärfen.
- Um auch im ländlichen Raum als Wohnstandort interessant zu sein, muss die soziale Infrastruktur, insbesondere die ärztlichen Versorgungsangebote sowie Kita-Angebote bedarfsgerecht zur Verfügung stehen. Der Kita-Bedarfsplan sollte entsprechend angepasst werden.



- Potsdam-Mittelmark zeichnet aus, dass bereits gute Rahmenbedingungen für Außenvereinsleben vorhanden sind. Ein entwickeltes Heimatgefühl insbesondere bei den jungen Menschen ist ein wichtiger Halte- bzw. Rückkehrfaktor. Darauf aufbauend sollte/könnte Folgendes getan werden:
 - Vorhaltung von öffentlichen Räumen, um sich zu treffen,
 - über Vereinsleben und Angebote informieren,
 - Bereitstellung eines großen Veranstaltungsraumes im ländlichen Bereich des Landkreises

- Aus dem Impulsvortrag von Herrn Springer wurde die Idee aufgegriffen, ein Güterverkehrszentrum aufzubauen. In Seddin könnte zudem ein Logistikzentrum entwickelt werden.
- Dafür ist eine stärkere kommunale Zusammenarbeit bei der Wirtschaftsförderung wünschenswert.



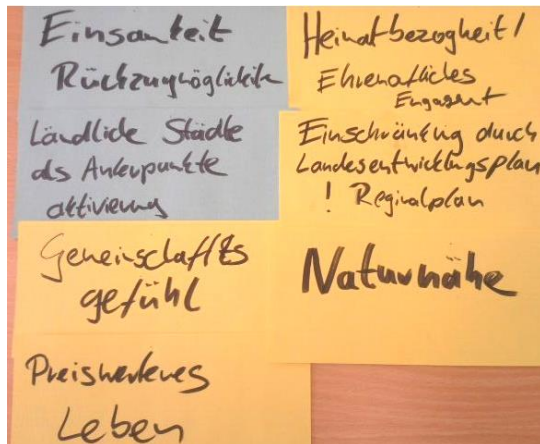
• **Unsere Eltern und Großeltern**

Die Arbeitsstation zum Teilthema „Unsere Eltern und Großeltern“ wurde durch Herrn Christian Altman; Mitarbeiter Zentrales Controlling in der Kreisverwaltung, begleitet.



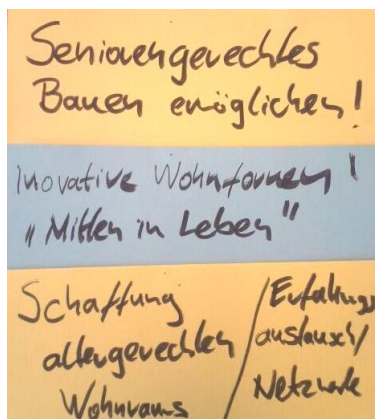
Ergebnisse:

Frage: Was kann/sollte PM der Personengruppe der älteren Menschen und Senioren bieten, was die Großstadt Berlin/Potsdam nicht kann?

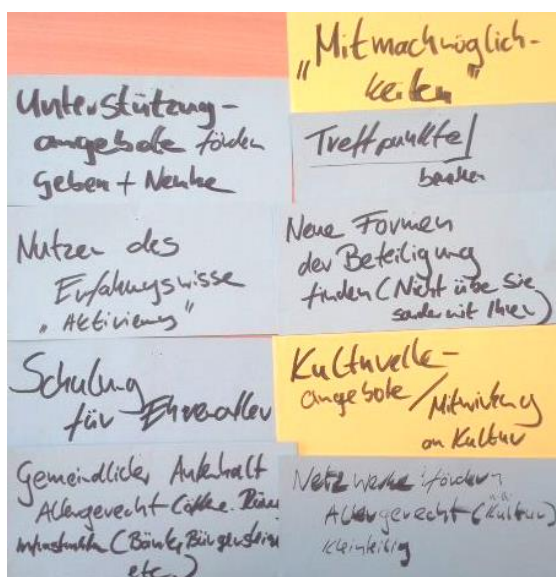


- Einsamkeit, Rückzugsmöglichkeiten, Natur-nähe
- Ländliche Städte, wie z. B. Bad Belzig, können mit ihrer bereits vorhandenen Infrastruktur (Nahversorgung, Medizinische Versorgung, Nahverkehr, etc.) Ankerpunkte in der Region bilden.
- Gemeinschaftsgefühl; weniger Anonymität als in einer Großstadt
- Geringere Lebenshaltungskosten

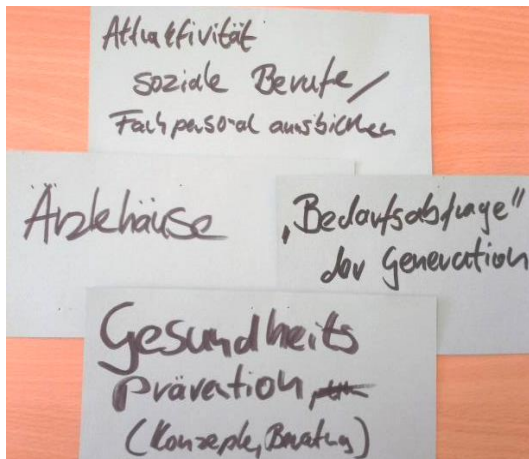
Was sollte getan werden, um daraus als Landkreis noch stärker profitieren zu können? (Maßnahmen, Projekte, Programme)



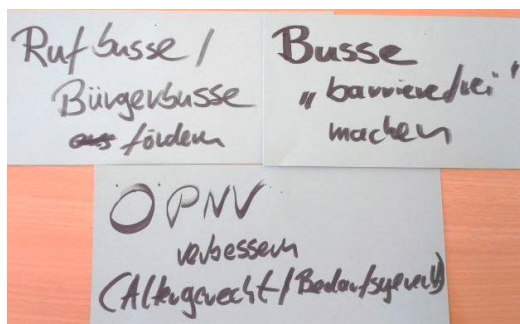
- Es sollte seniorenrechtliches Bauen ermöglicht werden, dass nicht immer allen sehr hohen Standards der Barrierefreiheit zwingend gerecht werden muss, sondern an den Bedürfnissen dieser Generation gerecht wird.
- Es sollten innovative generationenübergreifende Wohnformen „Mitten im Leben“ entwickelt werden.
- Für die Schaffung altergerechten Wohnraumes sollten auch entsprechende Netzwerke/Unternehmen zum Erfahrungsaustausch genutzt werden.



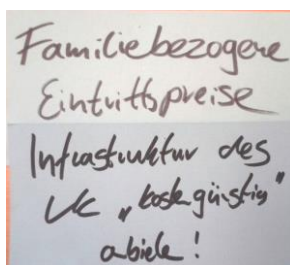
- Intensiv wurde darüber diskutiert, wie der älteren Generation die Teilhabe an der Gesellschaft ermöglicht bzw. erhalten werden kann und wie die Gesellschaft von deren Lebenserfahrung partizipieren kann:
 - „Mitmachmöglichkeiten“ schaffen (z. B. Kultur, Ehrenamt, Netzwerke, etc.)
 - entsprechende Schulung für ehrenamtlich Tätige
 - gemeindliche Infrastruktur seniorenrechtlicher gestalten (Wegebau, Sitzbänke, ...)



- Unter dem Themenschwerpunkt Gesundheit/Medizinische Versorgung wurde vorgeschlagen:
 - eine „Bedarfsabfrage“ bei den Senioren durchzuführen
 - die Errichtung von Arzthäusern zu unterstützen und Gesundheitsfördermaßnahmen (Prävention) anzubieten.
- Wichtig ist es, die Attraktivität in den sozialen Berufen zu erhöhen, um den langfristig steigenden Bedarf an Fachpersonal zu sichern.



- Senioren sind mit zunehmendem Alter auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen. Deshalb sollte es ein Ziel sein, -den ÖPNV weiterhin altersgerecht zu gestalten (z.B. Rufbusse, Einstiegshilfen, etc.)



- Für die Freizeitgestaltung der älteren Generation sollten attraktivere Eintrittspreismodelle für generationenübergreifende Besuche von Kultur- und Freizeiteinrichtungen gefunden und unterstützt werden. Dies gilt insbesondere für die kreiseigenen Angebote.

5.3 Workshop 3: Zuwanderung als Chance

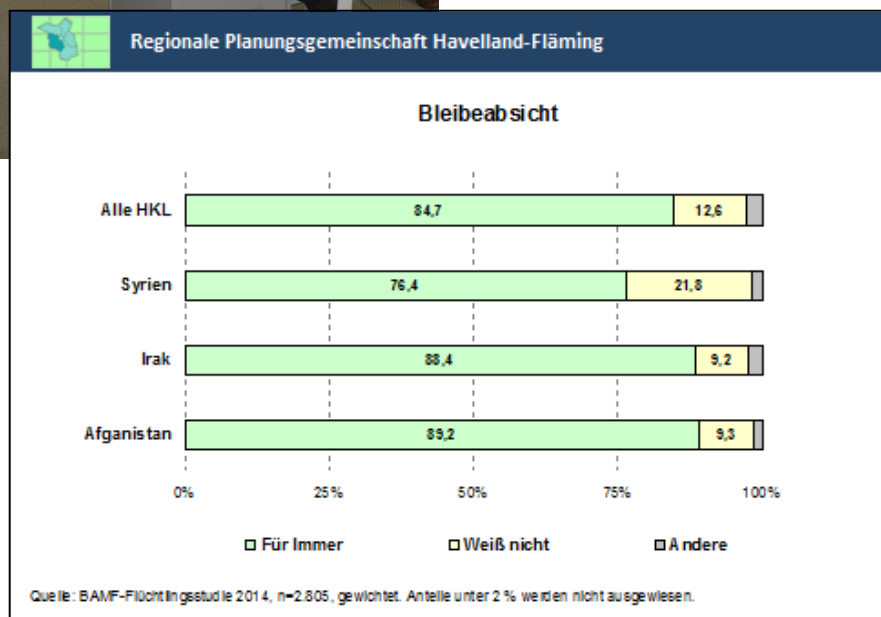
Der Workshop wurde durch Herrn Bernd Schade, Fachbereichsleiter der Kreisverwaltung für das Jobcenter MAIA, geleitet.

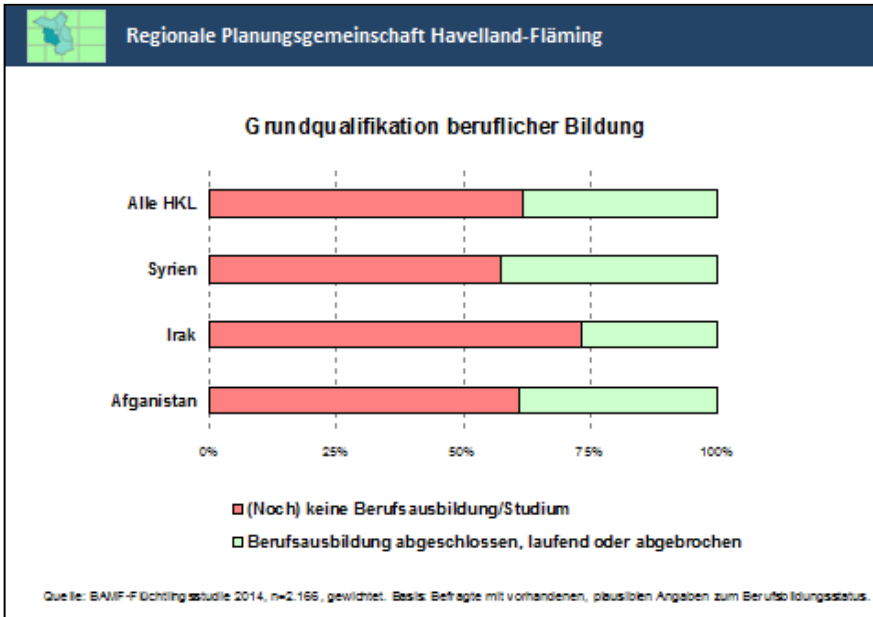


5.3.1 Impulsvortrag von Lutz Klauber



(Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming)





Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming

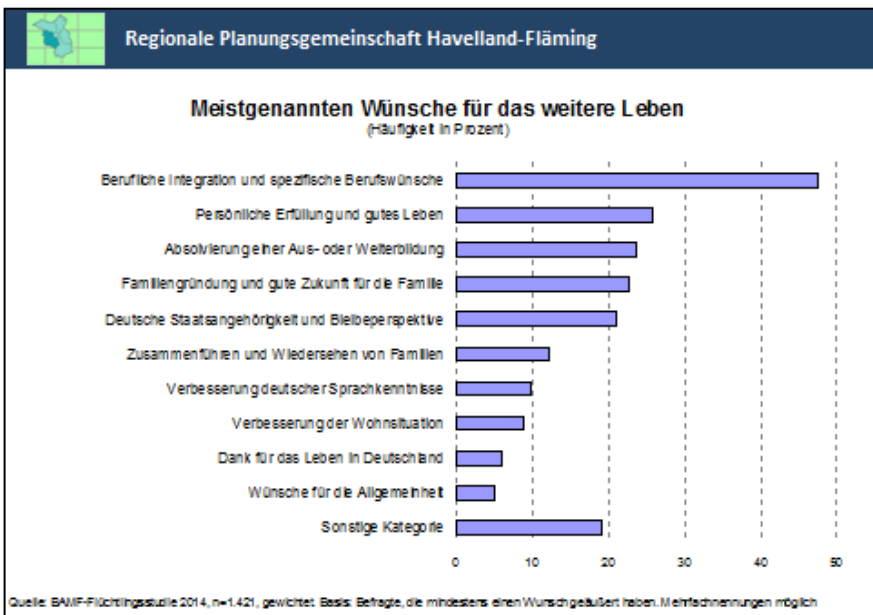
Geschlechts- und Altersstruktur und Bildungsstand nach ausgewählten Herkunftsländern (in Prozent)


Herkunftsland	Männlich	Weiblich	18-34 Jahre	35-49 Jahre	50-64 Jahre	65 Jahre +	Durchschnittsalter
Afganistan	62,3	37,7	70,2	20,2	8,1	1,5	32,5 Jahre
Irak	67,6	32,4	66,3	25,4	7,0	1,3	33,7 Jahre
Syrien	65,2	34,8	62,7	31,0	6,0	0,3	33,7 Jahre
Alle HKL	65,2	34,8	60,5	29,7	8,4	1,4	34,8 Jahre

Quelle: BAMF-Flüchtlingsstudie 2014, n=2.805, gewichtet.

Herkunftsland	Keine Schule besucht	Bis zu 4 Jahre	5 bis 9 Jahre	10 bis 14 Jahre	15 Jahre oder mehr	Sonstige/Keine Angabe
Afganistan	18,3	7,1	20,7	48,9	2,8	2,2
Irak	25,9	10,5	30,9	25,7	3,5	3,5
Syrien	16,1	6,6	28,9	41,5	4,3	2,6
Alle HKL	16,4	6,9	22,7	47,9	3,5	2,6

Quelle: BAMF-Flüchtlingsstudie 2014, n=2.403, gewichtet.






Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming

Was bringen Flüchtlinge mit?

- die Bereitschaft zur Integration
- eine (eingeschränkte) fachliche Qualifikation und die Bereitschaft zur Ausbildung/Weiterbildung
- die Motivation die eigene Lebenssituation und die Lebenssituation der Familie und von Angehörigen zu verbessern
- die Bereitschaft zu arbeiten und sich eine dauerhafte Bleibeperspektive aufzubauen

Was erwarten sie?

- Angenommen zu werden
- Zugang zu Arbeit und Ausbildung
- eine bessere Zukunft für die Kinder
- eine langfristige Perspektive



Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming

Zuwanderung als Chance?!

- Die Zuwanderung aus dem Ausland bietet grundsätzlich ein geeignetes Potential Bevölkerungsrückgang und Überalterung abzumindern bzw. zu verlangsamen und längerfristig das Erwerbspotenzial zu stabilisieren.
- Insbesondere ländliche und strukturschwache Regionen Ostdeutschlands werden voraussichtlich nicht von selbst von der Migration profitieren.
- Ländliche Regionen brauchen frühzeitig und langfristig Zuwanderungsstrategien, die an den Potenzialen und Bedürfnissen der Zuwanderer ausgerichtet sind (Aufnehmen, Annehmen, Ernstnehmen, Fördern).
- Integration ist möglich, benötigt aber den guten festen Willen, Zeit und Ausdauer.
- Wo es an geeigneten Arbeitsangeboten mangelt, sind Aus- und Weiterbildungsangebote um so wichtiger, um jungen Zuwanderern eine Perspektive zu bieten. (Auch auf die Gefahr einer späteren Abwanderung hin.)
- (Klein-)Städtische Kontexte sind grundsätzlich besser geeignet als dörfliche.

Im Anschluss an den Impulsvortrag gab der Moderator, Herr Schade, einen kurzen Überblick über die Zahlen der aktuellen Statistik zu den im Landkreis lebenden Ausländern sowie den erfolgten Zuweisungen des Landes in den Jahren 2015 und 2016.

5.3.2 Ergebnisse des Workshops „Zuwanderung als Chance“

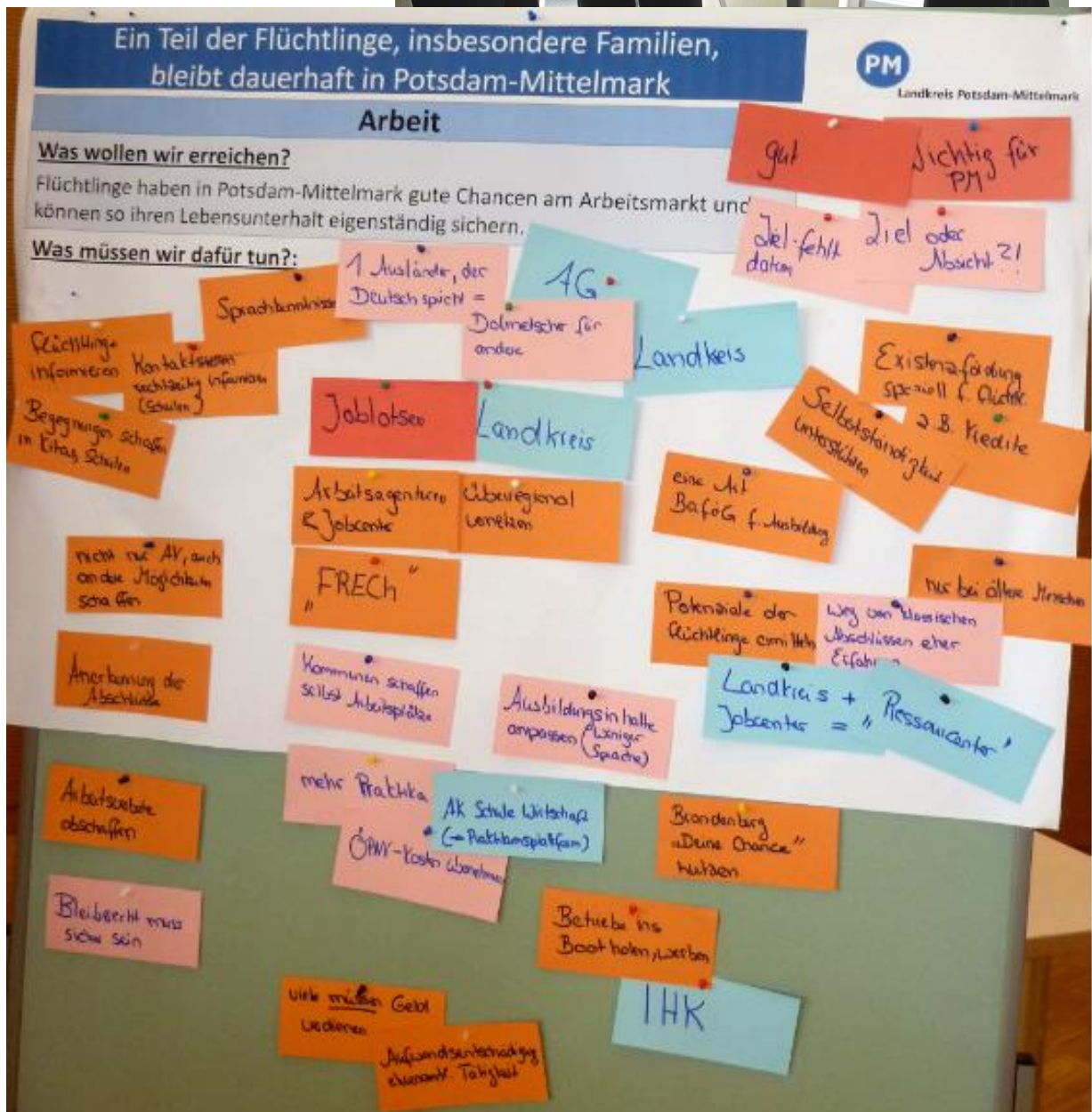
Die Teilnehmer des Workshops durchliefen in drei Gruppen nacheinander drei verschiedenen Arbeitsstationen zu den Themen „Arbeit“, „Wohnen“ und „Bildung/Sprache, Integration im Sozialraum“. Sie diskutierten dabei unter anderem jeweils folgende Fragestellungen:

- Wie bewerten Sie den Zielvorschlag zum Handlungsfeld?
- Was sollte getan werden, um dieses Ziel zu erreichen?
(Maßnahmen, Projekte, Programme)
- Wer sind die Akteure zu den einzelnen Maßnahmen?

- Kennen Sie zum Thema Zuwanderung Erfolgsgeschichten, aus denen wir etwas Gutes „kopieren“ können?

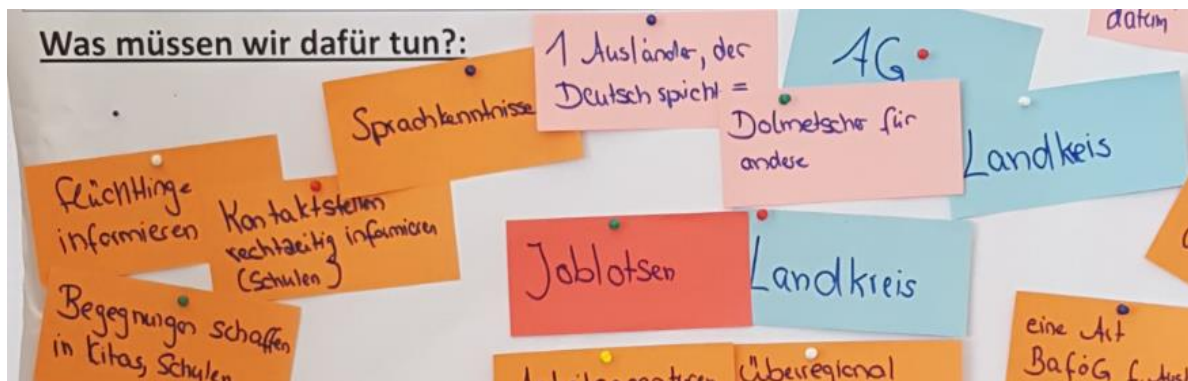
• **Arbeit**

Die Arbeitsstation zum Teilthema „Arbeit“ wurde durch Frau Veronika Heck; Hospitantin im Fachbereich Innerer Service und Zentrale Steuerung in der Kreisverwaltung, begleitet.



Zur vorgeschlagenen Strategischen Zielformulierung (Was wollen wir erreichen?) gab es folgende Anmerkungen und Kommentare der Workshopteilnehmer:

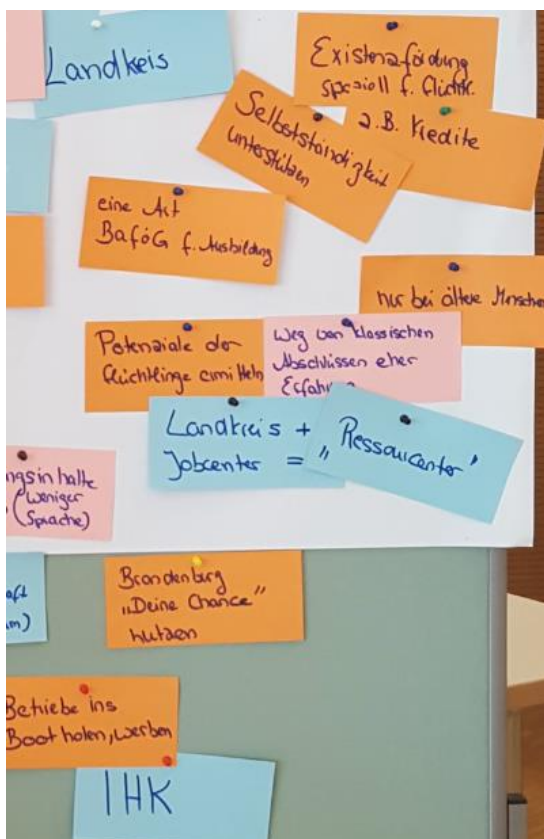
- Das Ziel wird insgesamt als gut und wichtig für Potsdam-Mittelmark bewertet.
- Es wurde hinterfragt, ob es nur eine allgemeine Absicht ausdrückt oder es sich um ein tatsächliches Ziel handelt. Dann müsste es spezifischer, z. B. terminiert (mit Datum versehen) sein, wann es erreicht sein soll.



- Als wesentlich für den Zugang zum Arbeitsmarkt werden deutsche Sprachkenntnisse angesehen. Für die Flüchtlinge müssen Alltagssituationen geschaffen werden, in welchen sie selbstverständlich und ungezwungen der deutschen Sprache begegnen können. Viele Flüchtlinge kommen direkt oder mittelfristig im Familienverbund, weshalb sich z. B. Treffpunkte und regelmäßig stattfindende Gesprächsforen in Kindergärten und Schulen anbieten.
- Hilfreich zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt wird das sogenannte „Tandemmodell“ sein. Wenn ein Landsmann als Arbeitskollege zur Seite steht, kann dieser ohne Sprachbarrieren den neuen Mitarbeiter einarbeiten und auch übersetzen. Die Sprachkompetenzen werden dadurch „beiläufig“ erworben und der Flüchtling kann sich auch ohne größere Sprachkenntnisse in den Arbeitsmarkt integrieren. Hierfür sind Kooperationen und Netzwerke zwischen den örtlich ansässigen Arbeitgebern und der Kreisverwaltung notwendig. Das Modell muss durch den Landkreis aktiv beworben werden und er muss Ansprechpartner sein.
- Arbeitsagenturen, Jobcenter und Kreisverwaltung müssen sich vernetzen (auch überregional), um Angebote zu schaffen und zu bündeln. Gemeinsame Frühförderprojekte, wie z. B. das Einrichten von Joblotsen, sind unabdingbar, um schnell die Fähigkeiten und Kenntnisse eines jeden Einzelnen zu ermitteln und diese auf den Arbeitsmarkt einsetzen zu können. Die öffentlichen Stellen sollten selbst vermehrt entsprechende Arbeitsplätze zur Integration von Flüchtlingen schaffen.



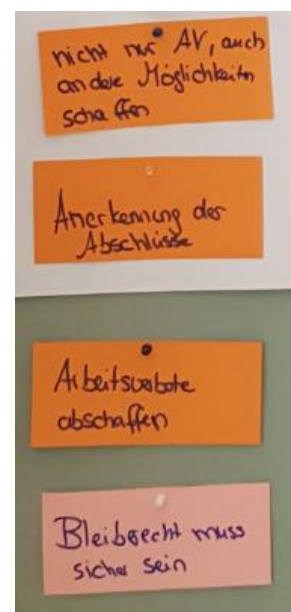
- Bestehende Services, Angebote und Projekte der örtlichen Vereine und Organisationen sollten vernetzt und von den „Jobvermittlern“ in den Behörden genutzt werden; exemplarisch werden „FRECh“, Arbeitskreis Schule & Wirtschaft, Projekte der IHK, Brandenburg „Deine Chance“ genannt.
- Ausbildungsinhalte sollen, wo sinnvoll, flexibilisiert werden, sodass Theorieelemente durch Praxiserfahrungen ausgeglichen werden können. So ist es möglich, dass junge Flüchtlinge auch ohne fließendes Deutsch Ausbildungsgänge erfolgreich absolvieren können.
- Bei allen Modellen und Arbeitsangeboten für Flüchtlinge ist zu berücksichtigen, dass viele möglichst schnell auf den Arbeitsmarkt wollen und Geld verdienen möchten, um ihre daheim gebliebenen Familien unterstützen zu können. Auch Praktika sollten deshalb nicht unentgeltlich angeboten werden, um einen Anreiz zu bieten. Des Weiteren sollten gerade für Praktikastellen sämtliche ÖPNV-Kosten erstattet werden.



- Viele Flüchtlinge haben ohne entsprechende Ausbildungs- und Studienabschlüsse jahrelang Erfahrungen in gewissen Arbeitsgebieten sammeln können. Durch sogenannte „Potentialanalysen“ in zu schaffenden „Ressourcencentern“ sind die individuellen Fähigkeiten zu ermitteln. Der Arbeitsmarkt erweitert das zugelassene Portfolio; neben den üblichen Berufsabschlüssen und Titeln stehen nun auch Zeugnisse der „Ressourcencenter“, die einen gleichberechtigten Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglichen.
- Die Arbeitssozialisation vieler Flüchtlinge wirkt sich auch auf ihre beruflichen Zukunftswünsche in Deutschland aus. Viele wünschen sich auch hier die Möglichkeit, selbstständig sein zu können und möchten gerne ein Geschäft eröffnen oder Dienstleistungen direkt anbieten. Hier müssen spezielle Existenzförderungsprogramme für Flüchtlinge geschaffen werden, um den Weg in die Selbst-

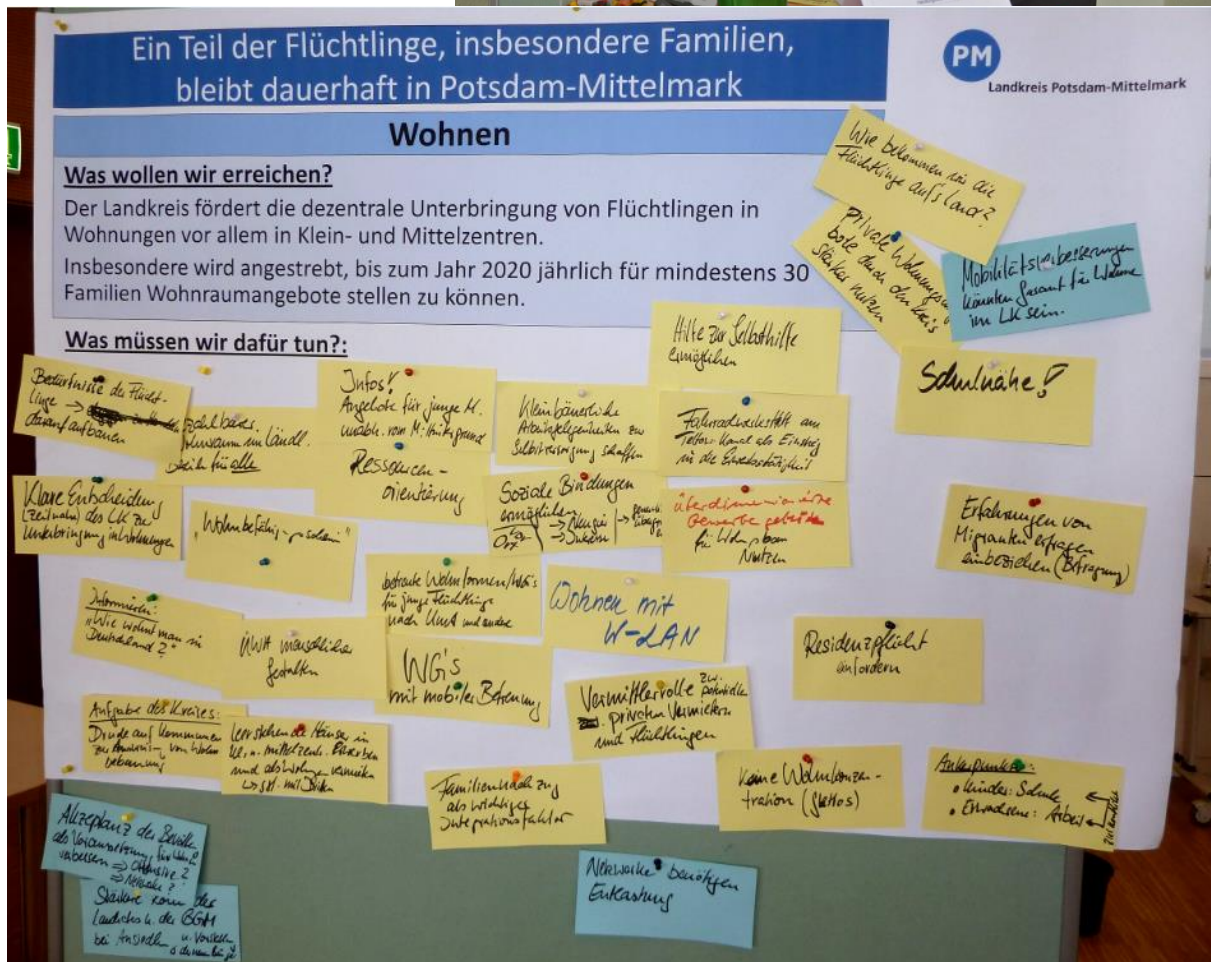
ständigkeit zu unterstützen.

- Es wird gefordert, dass auf Bundesebene sämtliche Arbeitsverbote und Beschränkungen für den Arbeitsmarkt aufgehoben werden. Auch die Anerkennung von Berufsabschlüssen muss schneller und unbürokratischer möglich sein.
- Insbesondere Auszubildende und ausbildende Betriebe dürfen nicht der Gefahr ausgesetzt sein, dass die Ausbildung wegen einer möglichen Abschiebung abgebrochen werden muss. Denn dieses Risiko hemmt viele Betriebe, an Flüchtlinge einen Ausbildungsplatz zu vergeben.



• **Wohnen**

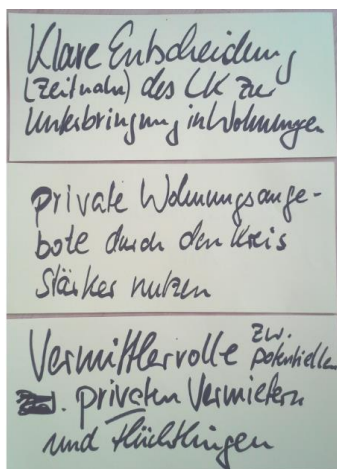
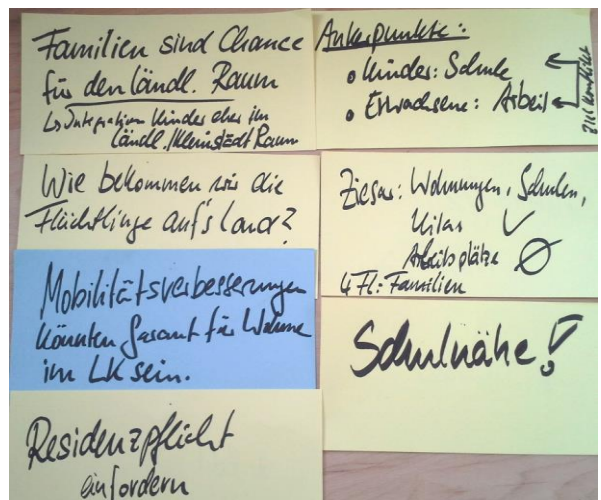
Die Arbeitsstation zum Teilthema „Wohnen“ wurde durch Herrn Markus Ulbrich; Fachdienstleiter Zentrale Steuerung in der Kreisverwaltung, begleitet.



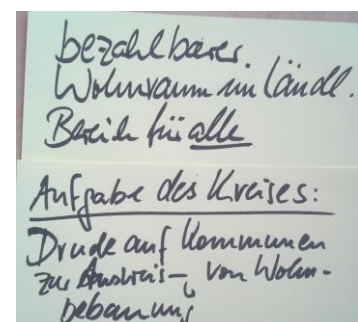
Zur vorgeschlagenen Strategischen Zielformulierung (Was wollen wir erreichen?) gab es keine explizit genannten Anmerkungen und Kommentare der Workshopteilnehmer.

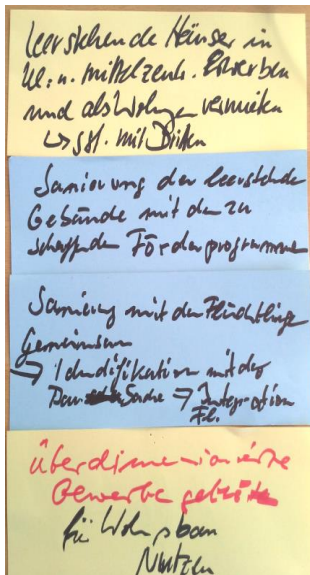
Was müssen wir dafür tun? – Ideen für Maßnahmen und Projekte

- Die Ansiedelung insbesondere von Familien mit Kindern wird als Chance für den ländlichen Raum gesehen.
- Infrastruktur, wie Wohnungen, Schulen und Kitas sind durchaus vorhanden. Was fehlt, sind geeignete Arbeitsplätze, damit die Familien perspektivisch ihren Lebensunterhalt selber bestreiten können. (Ankerpunkte um Familien zu halten sind für die Kinder die Schule und für die Erwachsenen eine Arbeitsmöglichkeit.)
- Integration von Zuwanderern kann in Klein- und Mittelzentren, also in (klein-)städtischem Umfeld besser gelingen als im dörflichen Kontext.
- Bei Familien ist die Wohnortentscheidung immer von der Schulnähe abhängig zu machen.
- Verbesserte Mobilitätsbedingungen (ÖPNV) können dazu beitragen, dass Wohnansiedlungen auch tiefer im ländlichen Raum erfolgen können.
- Der Landkreis sollte sich politisch für die Einführung einer (zumindest zeitlich begrenzten) Residenzpflicht stark machen.



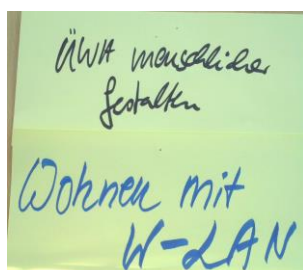
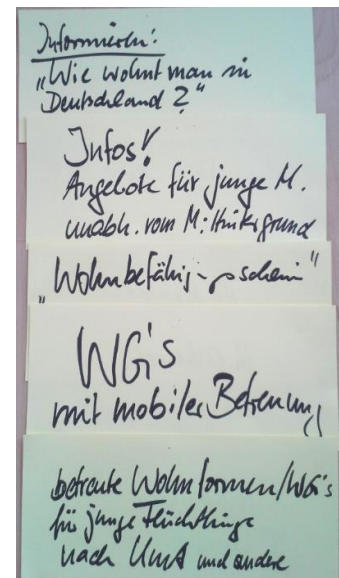
- Es wird vom Landkreis zeitnah eine Entscheidung und Engagement erwartet, Flüchtlinge vorrangig in Wohnungen bzw. kleinen Wohneinheiten unterzubringen.
- Viele Wohnungsangebote Privater wurden bisher nur zur Kenntnis genommen, jedoch nicht geprüft bzw. in Anspruch genommen. Diese sollten stärker als bisher genutzt werden.
- Der Landkreis könnte eine Vermittlerrolle zwischen potentiellen privaten Wohnungsvermietern und den wohnungssuchenden Flüchtlingen wahrnehmen. Dies betrifft die Bewältigung sprachlicher und kultureller Barrieren, Information und Wissensvermittlung bei den Wohnungssuchenden und Vermietern sowie Unterstützung bei der Vermittlung in möglichen Konflikten zwischen den Vermietern und Mietern, usw.
- Es werden mehr (Sozial-)Wohnungsangebote im ländlichen Raum für alle Wohnungssuchenden (unabhängig ob Menschen mit Migrationshintergrund oder nicht) benötigt.
- Es wird als Aufgabe des Landkreises gesehen, größeren Einfluss auf die kreisangehörigen Städte, Ämter und Gemeinden zu nehmen, in ihren Raumplanungen mehr Flächen für sozialen Wohnungsbau auszuweisen.





- Bei der Schaffung von Sozialwohnungen könnte der Landkreis (ggf. zusammen mit den Gemeinden oder Privaten) leerstehende Häuser in Klein- und Mittelzentren erwerben, sanieren und als Sozialwohnungen u. a. an Flüchtlinge vermieten.
- Der Landkreis könnte auch mit zu schaffenden Förderprogrammen die Sanierung leerstehender Gebäude unterstützen.
- Haus- und Wohnungssanierungen könnten unter tatkräftiger Beteiligung der späteren Bewohner (Flüchtlingen) erfolgen, um so eine Identifikation mit der Wohnung herzustellen und eine Integration in der Fläche zu fördern.
- Es wird vorgeschlagen, zu prüfen, ob und wie Teile von ggf. überdimensionierten Gewerbegebieten für den Sozialen Wohnungsbau genutzt werden könnten.

- Außerdem wurde unter dem Arbeitstitel „Wohnbefähigungsschein“ angeregt, die Flüchtlinge frühzeitig darüber zu informieren, „wie man in Deutschland wohnt“. So sollte eine Informations- bzw. Kompetenzvermittlung darüber stattfinden, wie der Wohnungsmarkt funktioniert, wie man Miet- und Versorgungsverträge abschließt und welche Pflichten, Regeln und Gebräuche sich daraus für die Wohnungsnutzung und im Zusammenleben ergeben. (Entsprechende Angebote werden auch unabhängig davon für alle jungen Menschen empfohlen.)
- Für Flüchtlinge ist der Übergang in eine eigene Wohnung oft mit Unsicherheiten und Ängsten verbunden, gerade auch, wenn es sich um sehr junge Menschen handelt. Hier könnten Wohngemeinschaften, die zumindest noch für eine gewisse Zeit eine mobile soziale Betreuung durch einen Sozialarbeiter erfahren, eine Lösung sein.



- Übergangseinrichtungen und Notunterkünfte sollten menschlicher gestaltet werden.
- Für Flüchtlinge gehört zum Wohnen eine W-LAN-Versorgung unbedingt dazu, um Kontakt mit Ihren Angehörigen halten zu können.

- Um die kleinen Orte nicht zu überfordern und um Kontakte mit der Bevölkerung zu fördern, sollte die Konzentration von Flüchtlingen in einem Viertel bzw. in einem Ort vermieden werden.
- Wichtig ist es, unter der Bevölkerung die Akzeptanz zu erhöhen, Flüchtlinge im Ort unterzubringen. Optionen: Offensive Öffentlichkeitsarbeit?; Stärkung vorhandener Netzwerke?

Keine Wohnkonzentration (Slums)

Akzeptanz der Bevölk. als Voraussetzung für Wohnverbesserung
 ⇒ Offensive? ⇒ Netzwerke?

Stärkere Rolle des Landrats u. der BGM bei Ansiedlung u. Vorstellung der neuen Bürger

Netzwerke benötigen Entlastung

- Vom Landrat und den Bürgermeistern wird eine stärkere Rolle bei der Ansiedlung neuer Flüchtlinge in den Orten erwartet. Hier sollten die neuen Einwohner in einer Versammlung vorgestellt werden.
- Es wurde darauf hingewiesen, dass die ehrenamtlichen Netzwerke dringend eine Entlastung bei ihren Aufgaben benötigen.

- Integration von Zugewanderten gelingt nur über persönliche soziale Begegnungen und Bindungen vor Ort. Hier sollte Interesse und Neugier aneinander generationenübergreifend gefördert werden.
- Der Nachzug von Familien wird als einer der wichtigsten Faktoren für eine erfolgreiche Integration bewertet.

Soziale Bindungen ermöglichen
 Ort → Migration → Integration
 → Sukzesse → Generationenübergreifend

Familiennachzug als wichtiges Integrationsfaktor

Erfahrungen von Migranten erfragen einbeziehen (Befragung)	Hilfe zur Selbsthilfe ermöglichen
Ressourcenorientierung	Kleinbäuerliche Arbeitsmöglichkeiten zur Selbstversorgung schaffen
Bedürfnisse der Flüchtlinge → erfragen darauf aufbauen	Fahrradwerkstatt am Teltow-Kanal als Einstieg in die Erwerbstätigkeit

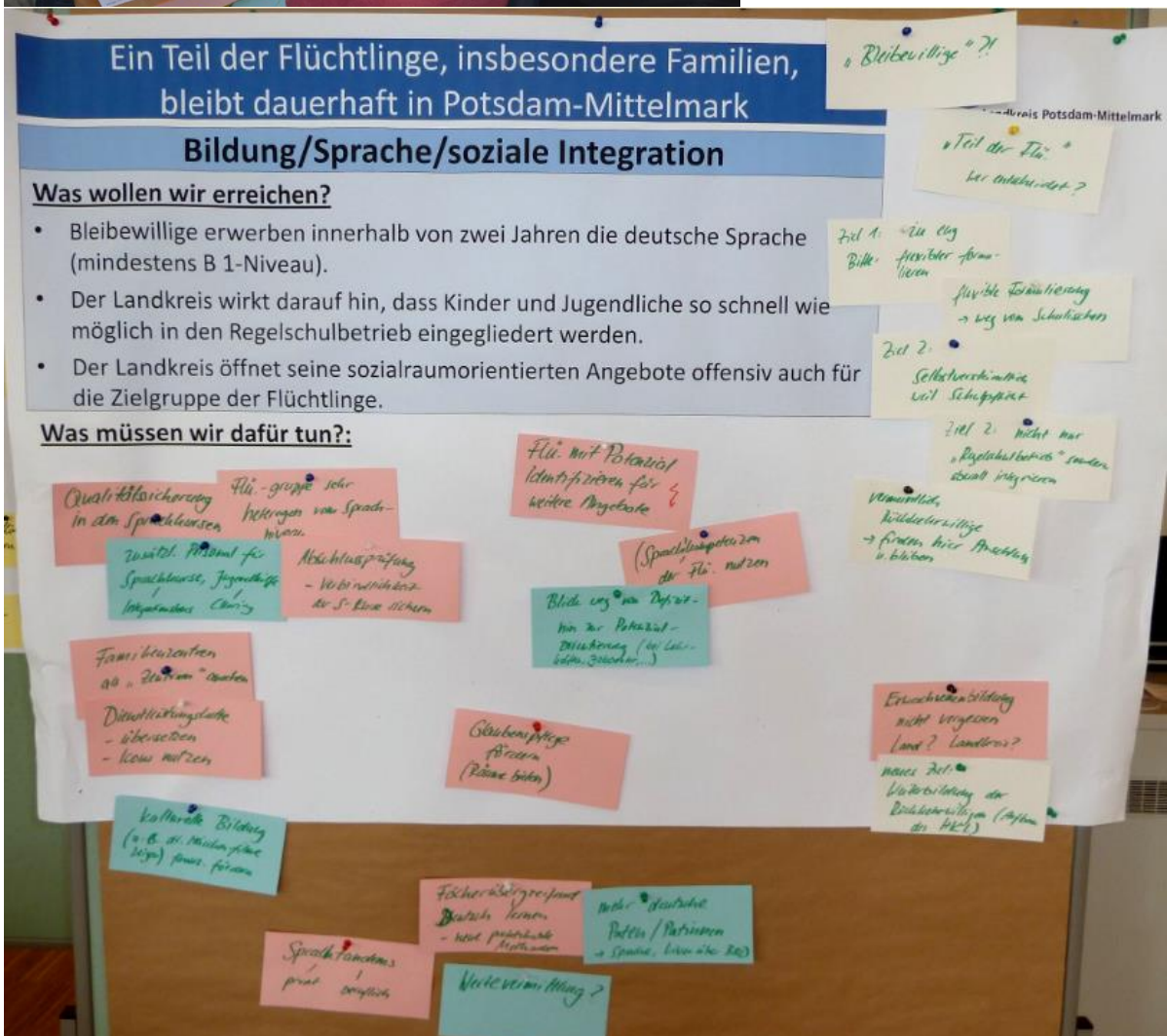
- Es wurde die Feststellung getroffen, dass die Erfahrungen und Wünsche von Migranten (sowohl von Personen, die seit vielen Jahren Integrationserfahrungen sammeln konnten als auch neu ankommende Flüchtlinge) in den meisten Planungen und Überlegungen nicht berücksichtigt werden. Hier könnte eine Befragung durchgeführt werden.

- Neben der Orientierung an den Bedürfnissen sowie den Defiziten der Flüchtlinge sollte bei allen Integrationsmaßnahmen immer die Ressourcenorientierung im Vordergrund stehen, d. h., welche Fähigkeiten und Interessen bringen die Menschen mit, aus denen heraus erfolgreiche Integrationsmaßnahmen gemeinsam entwickelt werden können.
- Es sollte den hier ankommenden Menschen auch immer Hilfe zur Selbsthilfe gegeben werden.
- Beispielsweise könnten über die Bereitstellung von Garten- oder Ackerland kleinbäuerliche Arbeitsmöglichkeiten zur Selbstversorgung geschaffen werden. Eine weitere sehr konkrete Idee ist die Einrichtung einer Fahrradwerkstatt am Teltow-Kanal als Einstiegsmöglichkeit in die Erwerbstätigkeit.

• **Bildung/Sprache, Integration im Sozialraum**



Die Arbeitsstation zum Teilthema „Bildung/Sprache, Integration im Sozialraum“ wurde durch Frau Theresa Arens; Integrations- und Gleichstellungsbeauftragte des Landkreises PM, begleitet.

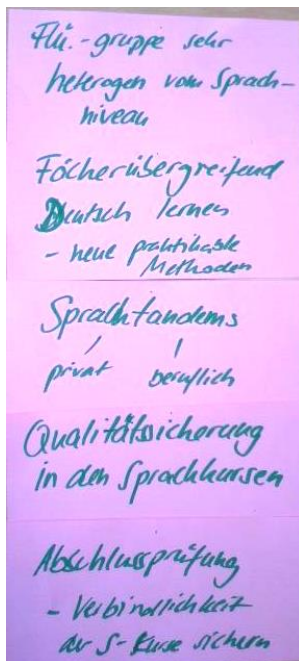


Zur vorgeschlagenen Strategischen Zielformulierung (Was wollen wir erreichen?) gab es folgende Anmerkungen und Kommentare der Workshopteilnehmer:

- Diskutiert wurde, wer „Bleibwillige“ und wer „Teil der Flüchtlinge“ sind. Wer entscheidet darüber?

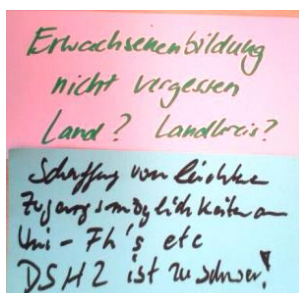
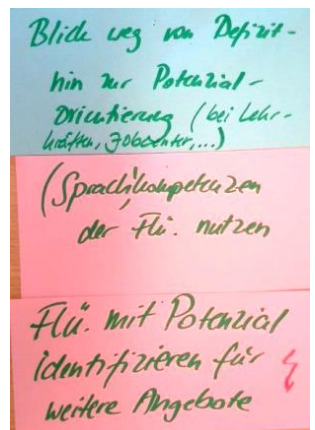
- Das Ziel zum Spracherwerb wurde mit Blick auf die Heterogenität der Flüchtlinge als zu eng bewertet.
- Das Ziel zur Schulbildung ist eine Selbstverständlichkeit, weil allgemeine Schulpflicht besteht. Es wurde eine etwas flexiblere Formulierung gewünscht, weg vom „Schulischen“. Ziel sollte es sein, Kinder und Jugendliche überall schnell zu integrieren, nicht nur in den Regelschulbetrieb.
- Als neues Ziel wurde vorgeschlagen, Rückkehrwillige weiterzubilden, mit dem Ergebnis, dass sie diese Bildung für ihr Herkunftsland nutzen können oder durch die Ausbildung Anschluss finden und bleiben.

Was müssen wir dafür tun?



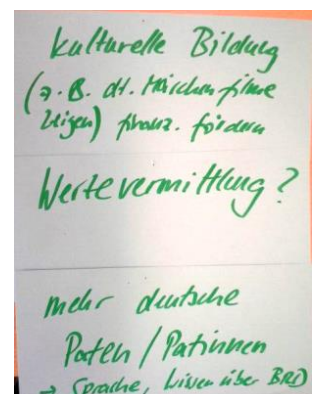
Angesichts der Heterogenität der Lernniveaus der Geflüchteten braucht es zusätzliche und neue Methoden der Sprachmittlung über direkte Patenschaftskontakte, veränderte Lehrinhalte anderer Fächer. Zudem müsse die Teilnahme verbindlicher und die Qualität der Sprachkurse gesichert sein bzw. kontrolliert werden.

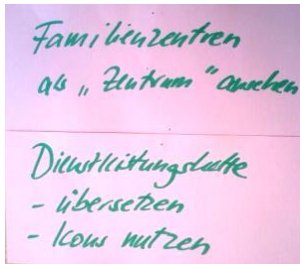
- Eine allgemeine Forderung betrifft den potenzialorientierten Ansatz: ob bei der Berufsberatung oder im Unterricht. Die Sprach- wie auch andere Kompetenzen (kulturelle Kenntnisse, handwerkliche Fähigkeiten) seien zu fördern und nutzen, anstatt nur auf die Defizite zu schauen. Der Vorschlag, Geflüchtete mit viel „Potenzial“ noch mehr zu fördern, wurde kritisch diskutiert.



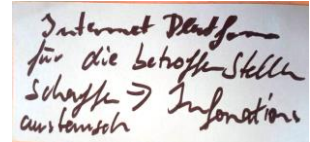
- Während Kinder und Jugendliche über Kita, Schule, Ausbildung leichter zu integrieren seien, sollten die „älteren“ Geflüchteten (also nicht mehr schulpflichtig) nicht vergessen werden. Eine Ausbildung kann bis zum 30. Geburtstag begonnen werden.

- Das Thema „Wertevermittlung“ konnte in der Diskussion nur angerissen werden. Konkrete Vorschläge kamen dazu, das Projekt „deutsche Märchenfilme mit Untertiteln zeigen“ finanziell zu fördern. Und auch die „Wertevermittlung nebenbei“ durch deutsche Patinnen und Paten wurde angesprochen.

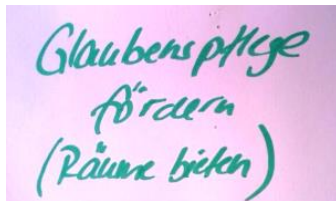
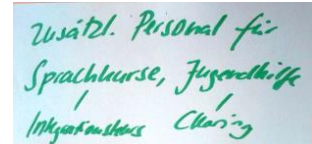




- Die Familien- und Mehrgenerationenhäuser, die landkreisweit existieren bzw. entstehen, können und sollten auch die zentralen Punkte der Integration im Ort sein. Räume, Angebote, Kurse, Patenschaften seien unter einem Dach zu finden bzw. aufzubauen. Konkret könnte man auch die Dienstleistungskette pmfamily.de übersetzen und mit international verständlichen Zeichen ergänzen.



- Gefordert wurde mehr Personal in der Jugendhilfe und für Integrationskurse.



- Religiöse Bildung könnte der Landkreis fördern, indem er Räume findet/ anbietet, die Raumsuche unterstützt oder die Kommunen anregt, die Glaubenspflege zu fördern.

5.3.3 Ergebnispräsentation und Diskussion im Teilforum

Nach Abschluss der drei Arbeitsphasen wurden die Ergebnisse der Arbeitsstationen durch die jeweiligen Tischverantwortlichen vorgestellt.

Es schloss eine Diskussionsphase daran an:

- Frau Wiesner stellte fest, dass es derzeit zwischen den für die Unterbringung und die Betreuung der Flüchtlinge zuständigen behördlichen Ebenen/Stellen, den beauftragten Sozialen Trägern sowie zu den vor Ort ehrenamtlich engagierten Menschen einen deutlichen Mangel an gegenseitiger Kommunikation gibt, der u. a. zu Informationsmangel, Parallelstrukturen und Missverständnissen führt. Die jeweiligen Stellen sollen stärker als bisher „füreinander mitdenken“ und diejenigen informieren, „die es auch betrifft“.
- Es wurden die aktuellen Zustände in der kreislichen Ausländerbehörde mit den zu langen Wartezeiten für die Flüchtlinge angesprochen und eine deutliche Verbesserung angeregt. Es sollte dabei beachtet werden, dass die Wege zur Behörde nach Werder (Havel) von den Unterkünften unter Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel z. T. sehr weit sind; dass Wartezeiten minimiert werden sollten und für die Kinder, die in der Zeit des Behördenbesuchs ggf. nicht beaufsichtigt werden können, eine Kinderbetreuung organisiert wird. Es sollte erwogen werden, in Teltow, der Gemeinde, in der die größte Anzahl von Flüchtlingen ihren Wohnsitz hat, eine Außenstelle der Ausländerbehörde einzurichten. Sollte dies aus z. B. technischen oder organisatorischen Gründen nicht möglich sein, wird von der Öffentlichkeit eine entsprechende Begründung erwartet.
- Ein Teilnehmer wies darauf hin, dass die zugewiesenen Personen lernen müssen, nach den hier geltenden Regeln zu leben. Gleichzeitig müssen entsprechende Probleme dabei auch so benannt werden dürfen, was sie sind.

-
- Eine weitere Wortmeldung bezog sich darauf, dass den Flüchtlingen Räume für die Ausübung ihres Glaubens bereitgestellt werden sollten. Konkrete Vorschläge waren die alte Hakeburg in Kleinmachnow oder die Begräbniskirche, wobei ein Wiederaufbau von den daran interessierten Menschen selber geleistet werden sollte.
 - Es würde darauf hingewiesen, dass der Begriff „Flüchtlinge“ stigmatisierend bzw. ungenau sei und nicht mehr benutzt werden sollte. Stattdessen wird der Begriff „Schutzsuchende“ vorgeschlagen.
 - Herr Kümpel äußerte, dass Integration von Flüchtlingen heute ganz anders sei als vor 200/300 Jahren. Anders als damals seien die Menschen nicht gekommen, um Deutsche werden zu wollen; vielmehr wollen sie so bleiben wie sie sind und sich ihre kulturelle Tradition bewahren.
 - Frau Arens regte an, das in Potsdam mit der IHK entstandene Welcome-Integration-Network auch für den Landkreis zu nutzen.

6 Abschlussplenum & Zusammenfassung

Im Rahmen des Abschlussplenums, das unmittelbar an die Arbeit in der Themenworkshops anschloss, erfolgte durch die Moderatoren der einzelnen Themenworkshops eine Zusammenfassung der Arbeits- und Diskussionsergebnisse. Auf diese Weise wurde den Teilnehmern ein Eindruck von der Arbeit in den anderen Themenbereichen gegeben und



die von den Teilnehmern erarbeiteten Maßnahme- und Projektvorschläge vorgestellt. Einige Teilnehmer nutzten die Chance, in der jeweils anschließenden Plenumsdiskussion die Ausführungen der Moderatoren mit eigenen Inhalten zu ergänzen oder zu hinterfragen.

7 Schlusswort des Landrates

Am Ende des 8. Kreisentwicklungsforums bedankte sich der Landrat bei allen, die an dieser Tagung teilgenommen und sich mit ihren Ideen, Anregungen und Kritik in den aktuellen Strategieentwicklungsprozess eingebracht haben.



Ein besonderer Dank galt den Referenten, Leiterinnen und Leitern der Teilforen sowie insbesondere Frau Finck, die

souverän und kurzweilig als Moderatorin durch den Tag führte. Sie haben alle mit dazu beigetragen, diese Tagung zu einem Erfolg werden zu lassen.

Die Tagungsergebnisse werden dokumentiert und auf der Internetseite des Landkreises unter www.potsdam-mittelmark.de veröffentlicht. Alle Teilnehmer, die bei ihrer Anmeldung eine Email-Adresse hinterlassen haben, bekommen eine Email zugeschickt, die einen Link auf die Tagungsdokumentation enthält.



Im weiteren Haushaltsplanungs- und Strategieentwicklungsprozess werden die Kreisverwaltung sowie die Kreistagsfraktionen auf diese Ergebnisse zurückgreifen und - da wo es möglich ist - die Ideen und Anregung berücksichtigen bzw. umsetzen.

Bad Belzig, 12. April 2016

Blasig

Landrat

Stein

1. Beigeordneter